

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 4/2014

www.ak-umwelt.at

Schwerpunkt:

Fleischkonsum

Politik: Klagerechte im Umweltschutz
Betrieb: Mobilitätsmanagement für PendlerInnen
Leben: Lebensmitteleinkauf



www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

SOLARWEG. Nördlich

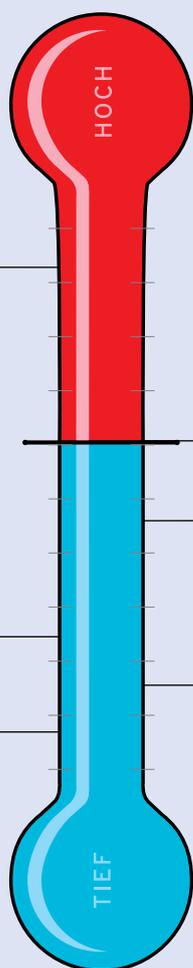
von Amsterdam entsteht ein Radweg, der Energie erzeugt: in den Belag aus Beton sind Solarzellen eingelassen. Die neu gebaute Fahrradweg-Teststrecke in der Gemeinde Krommenie ist 70 Meter lang und soll in den nächsten zwei Jahren auf 100 Meter erweitert werden und später den Strom für drei Haushalte liefern. Super! E-Rad einmal anders.

FINDET NEMO. Gemeint

ist nicht der kleine Fisch aus dem Animationsfilm, sondern das gestrichene „ne'mo“-Bus-Angebot (neusiedl mobil) der Gemeinde Neusiedl im Burgenland. Ein Angebot, das sich am Wetter orientiert – Zitat der Gemeinde-Homepage: „Bei Schönwetter wird ein Bäderbus vom Bahnhof zum Hallenbad und Seebad geführt“ – ist vielleicht ein netter Freizeitgag, mit einem Grundangebot in der Daseinsvorsorge hat das nichts zu tun.

VERSTECKTE KAMERA.

So lautete der Name einer beliebten TV-Trick-Sendung. Die Sendung gibt es nicht mehr, dafür umso mehr trickreich versteckte Überwachungskameras im öffentlichen Raum: allein 500.000 sollen es in Wien sein. Datenschutz? Versteckt und ausgetrickst.



INSEKTEN-SNACKS.

Bei der zweitgrößten Supermarkt-Kette Hollands können Kunden solche ab 2015 kaufen. Schon im Vorjahr rief die UNO-Ernährungsagentur FAO zum Insektenverzehr als ökologische Ergänzung auf, würden doch schon zwei Milliarden Menschen Insekten essen. Na dann, her mit dem Gelsenschnittzell!

ÖKOFURZ. Australische

Forscher arbeiten daran, Rindern oder Schafen die Bakterienkulturen des Kängurumagens einzuimpfen, weil Kängurus bei ihrer Verdauung wesentlich weniger Methan an die Umwelt abgeben. Weniger Schaf, Rind oder Schwein zu verzehren hilft wahrscheinlich nachhaltiger dem Menschen-, Tier- und Umweltwohl.

SPERRMÜLL-MÜLL.

Laut der Plattform „Stopp dem illegalen Abfallexport“ verursachen die ungarischen Sammler einen Schaden von zehn Millionen Euro jährlich. Um rund 100.000 Tonnen Sperrmüll dreht es sich da, die den Kommunen entgehen: Wenn jede Tonne rund 100 Euro Wert hat, dann brauchen wir keine Müllgebühren mehr zu bezahlen! Oder?



UMWELTPOLITIK KLAGERECHTE

Die Aarhus-Konvention will die Durchsetzung des Umweltrechts mit Hilfe von BürgerInnen und Umweltorganisationen verbessern. Bei Verletzung von Umweltvorschriften hat Österreich Defizite beim Zugang zu Gericht. Seite 10

RUBRIKEN

Nachrichten	Seite 04
Kommentar	Seite 05
Umwelt in der EU, in Europa und der Welt	Seite 06
Aktuelles Interview	Seite 09
Aktion	Seite 25
Medien	Seite 29
Vor 15 Jahren	Seite 34
AK-Wissenschaft	Seite 35

Die AK hilft den Konsumentinnen und Konsumenten mehr als 50.000-mal im Jahr bei ihren Sorgen. Wir wollen faire Konsumentenrechte und helfen, dass Sie gerecht behandelt werden.

Rudi Kaske



BETRIEB
MOBILITÄT

Auch Betriebe können Verantwortung für die Arbeitswege ihrer MitarbeiterInnen übernehmen. Für sein vorbildliches Mobilitätsmanagement wurde das LKH Graz mit dem Mobilitätspreis ausgezeichnet. Ein Lokalausgutschein. **Seite 26**



LEBEN
EINKAUF

Vermeehrt greifen KonsumentInnen zu Fertigprodukten, und Großeinkäufe am Wochenende sind häufig. Wie nachhaltig ist unser Lebensmittelkonsum? Welche Rolle spielen Arbeitsteilung und Flexibilisierung der Arbeitszeit? **Seite 30**

SCHWERPUNKT FLEISCHKONSUM

Der Fleischkonsum ist im letzten halben Jahrhundert enorm gestiegen – mit massiven Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt. Die Ursachen dafür, die weitreichenden Folgen und mögliche Alternativen behandelt dieser Schwerpunkt. **Seite 13**



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien **Telefon** 01/501 65-DW **E-Mail** wirtschaft.umwelt@akwien.at **Redaktion** Mag. Sylvia Leodolter (Chefredakteurin), Dr. Wilfried Leisch (Redakteur) **Sekretariat** Christine Schwed (DW 2698) **Grafisches Konzept** Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at **Layout & Infografik** Michael Haderer **Coverfoto** Erwin Schuh **Druck** Ueberreuter Print und Digimedia, 2100 Korneuburg. Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder. **ISSN** 1028-4664



www.ak-umwelt.at

UZ-Platzhalter

FLEISCHES-LAST

Der Schweinsbraten und das Wiener Schnitzel tragen bei vielen ÖsterreicherInnen zu ihrer eigenen „Fleischeslast“, also zu Übergewicht bei. Der hohe Fleischkonsum in den Industrieländern wird aber auch immer mehr zu einer Last für unseren Planeten, denn er benötigt immer mehr Bodenfläche und Wasser und trägt massiv zum Klimawandel bei. Der Flächenbedarf für Fleisch ist mindestens dreimal so hoch wie für Getreide, Obst und Gemüse. Je mehr Fleisch verzehrt wird, desto stärker wird der Druck, immer mehr Flächen für die Landwirtschaft zu nutzen und immer mehr Wälder, die wir als CO₂-Speicher benötigen, abzuholzen. Dazu kommt, dass die Nutztierhaltung selbst für fast 20 Prozent aller klimawirksamen Gase, insbesondere Lachgas und Methan, verantwortlich ist. Auch der Verbrauch an virtuellem Wasser, also des Wassers, das zur Fleischproduktion und Futtermittelproduktion insgesamt eingesetzt werden muss, beträgt ein Vielfaches des Wasserverbrauchs für die Produktion pflanzlicher Nahrungsmittel. Es lohnt sich aber auch, einen Blick darauf zu werfen, wie Schnitzel, Eier und Wurst produziert werden.



Artgerechte Tierhaltung, biologische Fütterung und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in dieser Branche sind nicht nur in Österreich noch ein Minderheitenprogramm. Bei Schweinefleisch beträgt der Bio-Anteil unter zwei Prozent, bei Rindfleisch immerhin rund 14 Prozent und trotz steigenden Absatzes von Bio-Freilandeiern und des Verbots der Legebatterien ist die industrielle Intensivtierhaltung in Europa weiter im Vormarsch. Damit steigt die Belastung von Böden und Gewässern, was sich beispielsweise an Nitratwerten im Grundwasser oder steigendem Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung manifestiert. Dass sich Agrarförderungen nicht an artgerechter Tierhaltung orientieren und dass nur wirklich große Massentiere der Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, trägt kaum zu raschen Verbesserungen bei. Daher wäre die Devise „weniger Fleisch ist mehr“, nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus ökologischen Gründen durchaus angebracht.

Sylvia Leodolter

NACHRICHTEN



WANDERnde TIERE

MEHR SCHUTZ IN SICHT

Schutzmaßnahmen für wandernde Tierarten sind auf einer UNO-Konferenz in Quito stark erweitert worden.

120 Mitgliedstaaten zählt die 1979 in Bonn unterzeichnete Konvention zur Erhaltung wandernder wildlebender Tierarten (Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals, CMS). 31 Arten

sind in die Schutzlisten neu aufgenommen worden. Die 21 aufgelisteten Hai-, Rochen- und Sägefischarten sind die wichtigste Untergruppe. Für Mantas und Teufelsrochen gilt ein absolutes Fangverbot. Auch der Eisbär soll – nicht nur wie bisher von den Arktis-Anrainerstaaten – geschützt werden. Weitere Nutznießer der Konferenz waren der Schnabelwal, die Zugvögel und die zentralasiatischen Steppentiere. So beschloss die Konferenz, eine internationale Taskforce zur Bekämpfung der illegalen Zugvogelverfolgung einzusetzen, etwa im Mittelmeerraum. Mehr Geldmittel zur Umsetzung wird es aber nicht geben. Daran ist auch das Vorhaben gescheitert, Verfahren zur Ahndung der Nichteinhaltung der Schutzmaßnahmen auszuarbeiten. **HO**

OFF-ROAD

NEUE GRENZWERTE IN VORBEREITUNG

Neuer Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zu Emissionsgrenzwerten bei Off-Road-Maschinen.

Die EU-Kommission hat am 25. September einen neuen Verordnungsvorschlag für die Typenzulassung und Marktüberwachung von Diesel- und Benzinmotoren im NRMM (Non-Road Mobile Machinery)-Sektor beschlossen. Davon betroffen sind Schienenfahrzeuge, Binnenschiffe, Generatoren, Baumaschinen und Arbeitsgeräte, aber auch Schneemobile und Side-

by-side-Fahrzeuge. Im Fokus stehen Grenzwerte für Feinstaub, Stickoxide (NOx), Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffe, die je nach Kategorie und Motorleistung zwischen 2018 und 2021 in Kraft treten sollen. Dieser Sektor stößt laut Kommission fünf Prozent aller Feinstaub- und 15 Prozent aller NOx-Emissionen in der EU aus. Bei den Verhandlungen

in Parlament und Rat der EU wird das Anzahlkriterium für ultrafeine Partikel im Vordergrund stehen, das von der EU-Kommission nur ansatzweise in gewissen Motorkategorien vorgesehen worden ist. Abgasteknisch bleibt der Verordnungsvorschlag hinter dem Stand der Technik zurück, da bei Lkw bereits jetzt strengere Werte vorgesehen sind. **FG**



TEXTILINDUSTRIE

MINDESTSTANDARDS

Die Textilindustrie in Deutschland hat sich freiwillig auf soziale und ökologische Mindeststandards in Zulieferbetrieben in Entwicklungs- und Schwellenländern verpflichtet. Anlass war das schreckliche Unglück in der Rana Plaza Textilfabrik in Bangladesch im April 2013, bei dem 1.127 Menschen starben. Ende Oktober 2014 haben sich 60 deutsche Organisationen aus Bekleidungsindustrie, Handel und Gewerkschaften auf den Aufbau eines „Textilbündnisses“ – „Bündnis für Nachhaltige Textilien“ – verständigt. Die Initiative dazu war vom deutschen Entwicklungshilfeministerium ausgegangen. Der gemeinsame Aktionsplan beschreibt soziale, ökologische und ökonomische Ziele, auf die die Bündnispartner gemeinsam hinarbeiten wollen. In der ersten Etappe soll die erste Zulieferstufe erfasst werden. Weitere Ziele sind auch existenzsichernde Löhne in den Zulieferbetrieben, die Reduktion von Chemikalien aus der textilen Lieferkette und eine bessere Information der Verbraucher. **HO**

Fluglärm

WIDERSPENSTIGE ZÄHMUNG

Ein Zusammenschluss von 140 europäischen Fluglärm-initiativen hat dem EU-Parlament im November die Petition Taming Aviation, zu deutsch: „Zähmt die Luftfahrt“, überreicht. Hauptziel der Initiative ist ein europaweites Nachtflugverbot sowie die Abschaffung aller Steuererleichterungen für die Luftfahrt. www.tamingaviation.eu **HO**

Film: „Das Leben meines Computers“

Sieben Computer werden weltweit pro Sekunde produziert. Der Dokumentarfilm „Behind the Screen“ wirft einen eindrucksvollen Blick hinter die Fassade der Elektronikindustrie, behandelt die weltweiten Auswirkungen des PC-Kaufs. www.behindthescreen.at

LUFTVERSCHMUTZUNG

SCHLECHTE LUFT IST TÖDLICH

Eine Studie des Europäischen Parlaments schätzt die Erreichung von WHO-Gesundheitszielen ab.

Durch Luftverschmutzung verkürzt sich die Lebenserwartung jedes EU-Bürgers im Durchschnitt um sieben Monate. Rund 400.000 Menschen sterben in der EU aufgrund von Luftverschmutzung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat kürzlich dazu Richtlinien verabschiedet, die strenger als bestehende EU-Grenzwerte sind und eine gerade noch zulässige Exposition für eine gesundheitlich unbedenkliche Umgebungsluft darstellen. Im Auftrag des Europäischen Parlamentes wurden Politikooptionen zur Erreichung dieser Ziele berechnet (EU Air Quality and WHO Guideline Values for Health). Fazit: Würde

das derzeit geltende Niveau an Emissionsvorschriften bis 2030 fortgeschrieben, könnten die schädlichen Gesundheitseffekte bei Feinstaub (PM_{2,5}) um 39 Prozent reduziert werden. Aber selbst bei einem radikalen Politikmix an Maßnahmen, der über das geplante EU-Luft-Maßnahmenpaket hinausgeht, würden die schädlichen Gesundheitseffekte nur um 56 Prozent abnehmen. **FG**

ITALIEN

PKW-HERSTELLER VOR GERICHT

Da die Fabriksangaben zum Treibstoffverbrauch stark von der Realität abweichen, stehen nun zwei Pkw-Hersteller in Italien vor Gericht.

Jeder Autofahrer weiß es aus Erfahrung: den Treibstoffverbrauch des Herstellers einzuhalten, ist unerreichbar. Altroconsumo, eine Konsu-

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



KOMMENTAR VON GREGOR LAHOUNIK SUPERSCHNECKE ÖBB

Bei Unfällen auf Eisenbahnkreuzungen sind die ÖBB zumeist völlig unschuldig. Fast immer ist der Straßenverkehr Unfallverursacher. Das anschließende Unfallmanagement der Bahn ist nicht minder ein akuter Notfall und früher oder später ein Fall für das Strafgericht.

Für Unfälle und Notfälle gibt es bei der ÖBB die Notfallmanager. Diese sorgen am Unfallort dafür, dass nichts passiert, wenn etwas passiert. Sie sichern ab, achten darauf, dass die elektrischen Leitungen stromlos und geerdet sind und stellen sicher, dass weder Reisende noch die Einsatzkräfte gefährdet werden. Die Berichterstattung über zwei Unfälle, Leobendorf und Zell am See, liefert allerdings ein katastrophales Bild von genau dem Unfallmanagement. Abenteuerlich wird geschildert, dass die Anreise des ÖBB Notfallmanagers mit dem örtlichen Taxiunternehmen rund eine Stunde dauerte. Bei der Räumung und Evakuierung, der Absicherung des Unfallortes und beim Schutz von Leib und Leben der Reisenden war kein Notfallmanager dabei. Kinder standen sogar im Nahbereich eines brennenden Lkws. Wichtige Maßnahmen vor Ort konnte der ÖBB-Notfall-

manager erst setzen, als „alles schon vorbei“ war. Vorbei war es nur, weil die Zahl der Freiwilligen bei der Feuerwehr nicht businessplangerecht reduziert worden ist und da sie hochprofessionell und rasch an den Unfallorten eingetroffen sind. In gerade einmal 15 Minuten schaffen es zahlreiche freiwillige Retter, ihren „richtigen“ Arbeitsplatz zu verlassen, um voll ausgerüstet an der Unfallstelle gratis zu helfen. Die ÖBB braucht für nur eine Person rund eine Stunde. Gerade in einem derart sicherheitskritischen Bereich ist das Vorgehen der ÖBB schlicht fahrlässig. Der gut dotierte Vorstand der ÖBB-Infrastruktur sollte es eigentlich schaffen, hier umgehend die eigenen Einsparungen zurückzunehmen und ein professionelles Team, das auch zahlenmäßig gut ausgestattet ist, auf die Beine zu stellen. Letztlich kann das Warten auf ein freies Taxi nicht Teil eines echten Sicherheitskonzeptes



* **DI Gregor Lahounik** ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

sein.



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

Aliens: In der EU ist eine Verordnung verabschiedet worden, mit der Maßnahmen gegen „invasive fremde Arten“ getroffen werden sollen. Dabei geht es um Pflanzen-, Wirbeltier- und Insektenarten, die in der EU nicht heimisch sind und deren Verbreitung zu Schäden an Ökosystemen führen kann. Ein bekanntes Beispiel ist das Drüsige Springkraut. In einem ersten Schritt werden nun Listen erstellt und Daten zu diesen invasiven Arten gesammelt; deren absichtliche Freisetzung wird verboten.

Zugvögel: In Quito (Ecuador) fand Anfang November die 11. Vertragsstaatenkonferenz zur internationalen Konvention über wandernde Tierarten (www.cms.int) statt. Unter anderem wurden Beschlüsse gefasst, die den Schutz der Zugvögel verbessern sollen, indem die Verwendung von Blei in Schrotmunition verboten und die unbeabsichtigte Vergiftung von Vögeln durch das Medikament Diclofenac unterbunden wird.

Nationalparks: Von 12. bis 19. November fand in Sydney der alle zehn Jahre abgehaltene Kongress der IUCN, der

Weltnaturschutzunion, statt (www.worldparkscongress.org). Mit dem Abschlussdokument, dem „Versprechen von Sydney“, sollen neue Wege im Naturschutz aufgezeigt werden. Im Vorfeld der Konferenz hatte eine Studie der US-amerikanischen Wildlife Conservation Society gezeigt, dass weltweit eine große Zahl von Naturschutzgebieten ihre Ziele nicht erfüllen können, beispielsweise weil Staaten auf ihren Gebieten Ölbohrungen und Bergbau zulassen.

Treibhausgase: China und die USA haben einen „Klimapakt“ geschlossen. China strebt an, dass seine Treibhausgasemissionen ab 2030 nicht weiter ansteigen, die USA wollen ihre Emissionen bis 2025 gegenüber dem Wert von 2005 um ein Viertel senken. Wichtiger als diese symbolischen Ziele ist dabei, dass die bisherige Unterscheidung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsstaaten ins Wanken gerät. Rajendra Pachauri, Vorsitzender des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) hat die Hoffnung ausgedrückt, dass nun viele Staaten diesem Beispiel folgen. **CS**

mentenschutzorganisation in Italien, ließ zwei Pkw-Modelle deswegen testen und hat daraufhin ein Verfahren eingeleitet. Konkret geht es um Fiat Panda und VW Golf. Am Prüfstand kam zutage, dass der Benzinmotor des Fiat Panda 1.2 den offiziellen Herstellerverbrauch



von 5,2 Liter um 18 Prozent (6,11 Liter) überschritt, während der Dieselmotor des Golf TDI 1.6 mit 5,83 Liter gar um 50 Prozent über den Herstellerangaben von 3,8 Liter lag. Altroconsumo will deswegen eine Verbandsklage für Käufer dieser Modelle einbringen, die sie um den jährlichen Mehrverbrauch bei durchschnittlich gefahrenen 15.000 km entschädigt. Eine Entgegnung von Fiat und VW liegt noch nicht vor. UmweltschützerInnen verdächtigen Autohersteller seit geraumer Zeit, beim Prüfzykluszulassungsverfahren mit unerlaubten Tricks zu arbeiten. Auslöser sind vor allem strenger werdende CO₂-Vorgaben und steuerliche Öko-Regelungen. **FG**

DIESEL-PKW

EURO 6-STANDARD GREIFT NICHT

Der neue EU-Abgas-Standard für Diesel-Pkw versagt bei Stickoxiden.

Buch: Naturschutz und Demokratie

Höhen und Tiefen einer schwierigen Beziehung. Mitherausgegeben vom deutschen Bundesamt für Naturschutz mit Beiträgen von B. Jessel, H. Weiger, M. Linz, H. Welzer, B. Unmüßig, E. Altwater u.v.m. Politische Ökologie, Band 138, Oekom Verlag www.oekom.de

Seit 1. Oktober 2014 ist der neue Abgasstandard Euro 6 für Pkw zwingend für die Erstzulassung vorgeschrieben. Euro 6 soll vor allem den NO_x-Ausstoß drastisch reduzieren und sieht eine Senkung auf 80 mg/kW vor. Der International Council on Clean Transportation (ICCT), ein nicht-gewinnorientiertes Forschungsnetzwerk für Umweltregulierung, testete 15 Diesel-Pkw im Realbetrieb. Die getesteten Modelle dürfen aufgrund von Behördenvereinbarungen nicht veröffentlicht werden. Fazit: Auch die Mehrheit der neuen Diesel-Pkw überschreitet weiterhin den Grenzwert um den Faktor 7. Ursache hierfür ist aber nicht eine „außergewöhnliche“ Fahrweise, sondern mangelhafte Abgasnachbehandlungssysteme und höhere Motorlasten als im Prüfzyklus zugelassen. Allerdings können einige Pkw den Euro 6-Grenzwert unterschreiten. ICCT zieht daraus den Schluss, dass die Technologie zur Erfüllung von Euro 6 vorhanden ist, aber durch den Euro 6-Prüfzyklus der Autohersteller nicht sichergestellt wird. www.theicct.org **FG**

GRUNDWASSER

STRAFVERFAHREN GEGEN KWIZDA

Die 2012 bekannt gewordene Grundwasser-Verunreinigung im Raum Korneuburg hatte nun ein gerichtliches Nachspiel.

Die Staatsanwaltschaft Korneuburg hatte gegen fünf leitende Angestellte und einen ehemaligen Mitarbeiter der Firma sowie gegen die Firma

selbst Strafantrag erhoben. Ermittlungen hatte es auch gegen die BH Korneuburg gegeben. Die Kwizda Agro GesmbH, ein Hersteller von Pflanzenschutzmitteln, und die sechs Personen mussten sich wegen fahrlässiger bzw. vorsätzlicher Beeinträchtigung der Umwelt vor Gericht verantworten. Abwasserbecken, Kanäle und Rohre sollen nicht ausreichend beschichtet, nicht regelmäßig auf Dichtheit überprüft und instand gehalten und erneuert worden sein, so der Strafantrag. Dadurch habe auch die Firma ihre Pflichten verletzt. Daher hat die Staatsanwaltschaft Korneuburg auch die Verhängung einer Verbandsgeldbuße gegen die Kwizda Agro GesmbH beantragt. Das Verfahren endete mit Diversion. **HO**



EUROPA VOGELSCHAR SCHRUMPT

In Europa leben rund 421 Millionen Vögel weniger als vor dreißig Jahren, besagt eine Studie.

Verantwortlich dafür sind die moderne Landwirtschaft und der zunehmende Verlust des Lebensraums der Tiere. Zu 90 Prozent betrifft der Rückgang

gewöhnliche Arten wie Spatz, Star, Lerche sowie das graue Rebhuhn. Richard Gregory vom britischen Tierschutzverband sprach von einer „Warnung für ganz Europa“ und erklärt: „Es ist eindeutig, dass unser Umgang mit der Umwelt für viele unserer vertrautesten Vögel nicht nachhaltig ist.“ Umso wichtiger seien Maßnahmen und Gesetze zum Schutz der Vögel und ihres Lebensraums. Als Vorbild nannte Gregory die bereits bestehenden Schutzmaßnahmen für seltenere Gattungen, deren Zahl in den vergangenen Jahren wieder gestiegen sei. Für die Studie wurden Daten von über 144 typischen Vogelarten aus 25 europäischen Ländern analysiert. Die Forscher verlangen mehr Grünflächen in den Städten sowie eine ökologische Landwirtschaft. **HO**

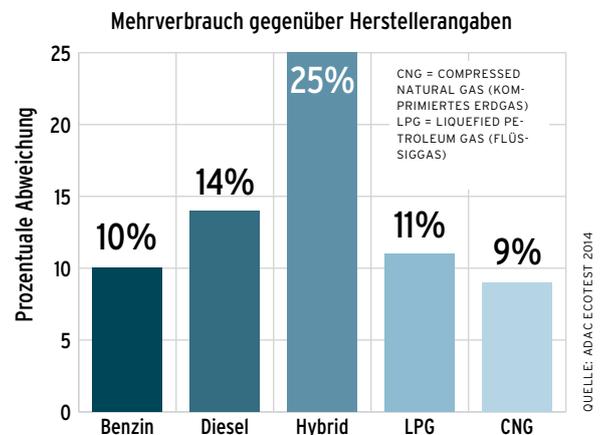
BERLINER BAUSTELLEN

ABGASBELASTUNG WIRD REDUZIERT

Die Stadt Berlin hat strenge Abgasstandards bei öffentlicher Beschaffung beschlossen.

Die Stadt Berlin geht gegen krebserregende Abgasbelastungen auf Baustellen vor. Am 1. Juli 2015 werden die Bestimmungen der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt (VwVBU) in Kraft treten, die kürzlich der EU-Kommission notifiziert wurden. Diese sehen ein Verbot von Lkw vor, die schlechter als der Emissionsstandard EURO IV (= Erstzulassung vor 2005) und für Baumaschinen, die schlechter als der Emissionsstandard EURO IIIA (= Erstzu-

WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK PKW-VERBRAUCHSWERTE



AutofahrerInnen wissen: Oft klaffen angegebener und realer Spritverbrauch auseinander. Wie sehr die Herstellerangaben abweichen, zeigt obige Grafik, gegliedert nach Kraftstoff- bzw. Antriebsart. Im Detail deckt der ADAC EcoTest auf, dass die besten Fahrzeuge die Angaben um bis zu 17 Prozent unterschreiten, die schlechtesten Pkw die Angaben aber um bis zu 84 Prozent (!) überschreiten. Wie erklärt sich die Differenz? Der Fahrzyklus der EU-Prüfnorm hat schlicht unrealistische Annahmen (z. B. Höhe der Geschwindigkeit, keine Heizung und Klimaanlage, etc.), aber auch gewisse „Flexibilitäten“ für Hersteller (z.B. hohe Außentemperaturen). Dadurch entstehen falsche Kaufentscheidungen (Mehrausgaben bei Sprit) und Kfz-Steuerbemessungen (z. B. NoVA) zulasten des Staates. Mehr dazu unter: www.adac.de/infotest/tests/eco-test/verbrauchsabweichung **LEI**

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY (CSR) NACHHALTIGE BERICHTE?

Die EU-Kommission hat 2013 vorgeschlagen, dass größere Unternehmen in ihren Lageberichten zu Umwelt-, Soziale und Arbeitnehmerbelangen zur Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption berichten sollten (CSR). Der Anwendungsbereich wurde aber eingeschränkt, so das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Statt ursprünglich 42.000, erfasst die nun beschlossene RL 2014/95/EU nur mehr 6.000 vorrangig börsennotierte Unternehmen. Diese sind dabei an keine anerkannten Standards der CSR-Berichterstattung gebunden. Bis 2016 wird Österreich das Unternehmensgesetzbuch anpassen müssen. In zwei Jahren will die Kommission einen Leitfaden für die Unternehmen veröffentlichen. www.cora-netz.de **HO**

Büro: Clever einkaufen

Das papierlose Büro bleibt ein frommer Wunsch. Weltweit steigt der Papierverbrauch. Mehr als 4.000 ressourcenschonende Büroartikel von Papierprodukten bis hin zu Büromöbel listet www.bueroeinkauf.at auf. Weitere Infos: www.umweltzeichen.at

lassung vor 2006-2008) sind. Fahrzeuge und Maschinen, die unter das Verbot fallen, können aber durch Partikelfilternachrüstung verwendet werden. Die Stadtverwaltung begründet dies mit dem enormen Luftschadstoffausstoß dieser Emissionsquellen. Diese Maßnahme geht auf eine langjährige Initiative der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und der Industriearbeitergewerkschaft Bauen, Agrar und Umwelt (IG BAU) zurück. Auslöser hierzu waren Messungen von besonders kleinen und krebserregenden Dieselrußpartikeln



Mehrweg

QUOTE RÜCKLÄUFIG

Laut einem Bericht im Auftrag des deutschen Umweltbundesamtes sank in Deutschland von 2011 auf 2012 der Anteil an verkauften Getränken in Mehrwegflaschen um ein Prozent auf 45,7 Prozent, der von ökologisch vorteilhaften Einweg-Getränkeverpackungen, etwa Getränkekartons, von 1,6 auf 1,3 Prozent. Nach der Verpackungsverordnung soll der Mehrweganteil 80 Prozent betragen. **HO**

auf Baustellen, die eine Gefahr für die Umwelt und die dort beschäftigten Arbeiter darstellen. **FG**

LEITFADEN SENDERBAU

VORSORGE IM MOBILFUNK

Der rasante Senderausbau wirft Fragen zu den gesundheitlichen Auswirkungen auf.

Experten der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, der Wiener Umweltschutzkommission, von Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer und der Medizinischen Universität Wien haben den Leitfaden Senderbau erarbeitet. Die weltweite Verbreitung von radiofrequenten Funkdiensten (z.B. W-LAN, Mobilfunk) ist in der Geschichte technischer Innovationen ohne Beispiel. Die rasante Entwicklung wird allerdings auch von Bedenken zu gesundheitlichen Auswirkungen begleitet. Der Leitfaden bietet konkrete Empfehlungen für ein partizipatives Vorgehen bei der Errichtung von Basisstationen für Baubehörden, Anrainer und Betreiber-Gesellschaften mit dem Ziel, gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen zu berücksichtigen. Besprechung des Leitfadens auf Seite 29 in dieser Ausgabe. **HO**

SCHWEIZ

PFLICHTEN FÜR KONZERNE

Schweizer Parlament will Konzerne bei Menschenrechten und Umwelt in die Pflicht nehmen.

Die Außenpolitische Kommission des Schweizer Parlaments

will Schweizer Unternehmen, die im Ausland tätig sind, zu einer Sorgfaltsprüfung im Bereich Menschenrechte und Umwelt verpflichten und hat die Bundesregierung beauftragt, einen entsprechenden

Vorschlag auszuarbeiten. Die Kommission hat beraten, inwieweit Schweizer Konzerne im Rahmen ihrer Auslandstätigkeit zu einer Sorgfaltsprüfung und Berichterstattung über Menschenrechte und



TIPPS: MOBILTELEFONE

RECHTZEITIG AUFLADEN

Mobiltelefone verbrauchen viel Energie beim Gebrauch und außerdem viel Energie und wertvolle Rohstoffe bei der Herstellung. Hieß es früher: Akkus vor dem Aufladen vollständig entladen, sollen die derzeit gängigen Lithium-Ionen-Akkus für Smartphones und andere mobile Geräte rechtzeitig aufgeladen werden, damit die Handys länger halten. Damit das Smartphone weniger Strom verbraucht, kann in den Einstellungen der Energiesparmodus aktiviert und das Display etwas dunkler eingestellt werden. Handys sind keine billigen Wegwerfprodukte, sondern Geräte mit vielen wertvollen Bauteilen und Rohstoffen. Gute Pflege und Reparaturen sind hier daher besonders sinnvoll. Displayschutzfolien bewahren die Oberfläche vor dem Zerkratzen. Betriebe des Reparaturnetzwerks bringen Mobiltelefone wieder in Schwung. **LEI**

www.reparaturnetzwerk.at www.umweltberatung.at

Web: Nachhaltige Beschaffung

Diese Homepage des Beschaffungsservice Austria, betreut vom IFZ (Interuniversitäres Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur), informiert Beschaffungsverantwortliche zu Fragen des nachhaltigen Einkaufs. www.nachhaltigebeschaffung.at

Wald: Schäden durch Klimawandel

Eine Studie der BOKU Wien zeigt: schreitet die Erderwärmung wie bisher voran, wird sich das CO₂-Speichervermögen der europäischen Wälder zwischen 2021 und 2030 um mehr als 500 Millionen Tonnen verringern. www.boku.at Unter Suche: Europäische Wälder

Umwelt verpflichtet werden können. Die Abstimmung darüber war denkbar knapp. Der geplante Vorschlag wird vermutlich das Aktiengesetz betreffen. Dabei soll auch geprüft werden, unter welchen Bedingungen kleine und mittlere Unternehmen allenfalls von der Pflicht ausgenommen werden können. Zudem soll die Regulierung freiwillige, weitergehende Maßnahmen von Schweizer Unternehmen nicht bremsen (Vermeidung so genannter „Chilling effects“). Die Mehrheit der Kommission meint, dass die Schweiz damit ihrer Verantwortung als Sitzstaat gerecht wird. **HO**

EU-GENTECHNIK

NATIONALE ANBAUVERBOTE

Österreich setzt sich seit Jahren für ein nationales Selbstbestimmungsrecht beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen ein.

Jedes EU-Mitgliedsland soll selbst über die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) entscheiden dürfen. Mit der Vorentscheidung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments Anfang November wird diese Möglichkeit immer realistischer. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments verlangt in seiner Abstimmung wesentliche Nachbesserungen zum Ratskompromiss. Er fordert, dass GVO-Konzerne künftig eine weniger zentrale Rolle beim Zulassungsverfahren haben, verlangt eine Ausweitung der Gründe, den Anbau von GVOs

zu verbieten, verpflichtende Koexistenzregelungen für alle Mitgliedstaaten, Verbesserungen bei der Risikoabschätzung sowie eine andere juristische Basis für das Selbstbestimmungsrecht. Das EU-Parlament soll spätestens im Jänner 2015 über einen ausverhandelten Kompromiss mit dem EU-Rat und der EU-Kommission abstimmen. **IS**

ATOMKRAFT

KLAGE GEGEN AKW HINKLEY POINT

Österreich will gegen die Subventionierung des britischen AKW Hinkley Point durch Staatsbeihilfen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage einreichen.

So reagiert die österreichische Bundesregierung auf die Beihilfenentscheidung der Europäischen Kommission von Anfang Oktober. Großbritannien will den künftigen Betreibern Siemens und Electricité de France über 35 Jahre einen fixen Abnahmepreis für den Strom zahlen, der schon jetzt über den österreichischen Einspeisetarifen für Windkraftanlagen liegt! Das AKW liefere CO₂-freien Strom und diene der Versorgungssicherheit, meint Großbritannien. Dem hat sich die scheidende EU-Kommission unter Manuel Barroso angeschlossen. Im Dezember 2013 hatte die EU-Kommission noch große Bedenken gehabt und ein Beihilfverfahren gegen Großbritannien eröffnet. Die Entscheidung höhlt das EU-Beihilferecht aus. Mehr unter: blog.arbeit-wirtschaft.at/?s=Hinkley+Point **HO**

Wiener Wasser: Neue Karaffen

Das Wiener Hochquellwasser ist die umweltfreundlichste Form des Durstlöschens und die ökologische Alternative zu den Einweg-Plastikflaschen. Die neuen Wiener Wasserkaraffen aus Recyclingglas gibt es mit fünf Motiven. Mehr unter: www.wasserkaraffe.wien.at

INTERVIEW MIT REMO KLINGER KLAGERECHTE FÜR NGOS

Seit Jahren wird in Österreich und Deutschland die Umsetzung der sogenannten 3. Säule der Aarhus-Konvention – der Schaffung von Klagerechten von NGOs gegen Handlungen oder Unterlassungen von Behörden – kontrovers diskutiert. Wie steht es um die Umsetzung?

„Warum tun sich Länder wie Österreich und Deutschland so schwer damit?“

Klinger: Das erklärt sich aus der Geschichte. Deutschland, Österreich und auch Tschechien folgen seit den Kaiserreichen einer Tradition des subjektiven Rechtsschutzes. Klagen kann also nur derjenige, der in seinen Rechten verletzt sein kann. Von diesem Dogma abzuweichen, fällt vielen Juristen schwer. Es macht es den Gerichten auch leichter, Klagen abzuweisen. Denn man kann einen Fall relativ schnell beenden, wenn der Kläger kein subjektives Recht geltend machen kann.

Wie ist das in anderen Ländern, etwa in Frankreich geregelt? Was sind die Erfahrungen?

Klinger: Frankreich und die meisten anderen EU-Länder folgen dem Prinzip der Interessenklage. Man muss also nur ein weit verstandenes „Interesse“ an der Sache geltend machen. Der EuGH sieht das ebenso.

Verwaltungshandeln wird dadurch stärker überprüfbar.

Was sind die Erfahrungen in Deutschland mit den bestehenden Klagerechten? Was kann man daraus ableiten?

Klinger: In Deutschland wurden die Klagerechte der Umweltverbände Schritt für Schritt erweitert. Das ist die Folge der Aarhus-Konvention, auch Österreich wird sich dem nicht entziehen können. Mein Eindruck ist, dass viele deutsche Behörden nun kritischer mit Bauanträgen umgehen, wenn sie sehen, dass sich ein klagebefugter Umweltverband mit der Sache beschäftigt. Die Zahl der Klagen ist gleichwohl nicht sehr hoch. Es sind etwa 50 Klagen pro Jahr in Deutschland. Davon hat die Hälfte Erfolg. Rechnet man dies auf Österreich um, sind es weniger als zehn Klagen pro Jahr. Das bringt Österreichs Wirtschaft nicht um und zeigt, dass man das Recht ernst nimmt.



* Dr. Remo Klinger ist Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Mitglied des Umweltausschusses des Deutschen Anwaltsvereins e.V., Herausgeber der „Zeitschrift für Umweltrecht“, Lehrbeauftragter der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. RA Geulen & Klinger, Berlin. www.geulenklinger.de

Im Juli hat die Europäische Kommission Österreich gerügt: die Aarhus-Konvention über die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten sei nicht umgesetzt. Selbiges hat zeitgleich die Vertragsstaatenkonferenz zur Aarhus-Konvention gesagt. Worum geht es da? Wie reagiert Österreich und was wird gebraucht?

VON WERNER HOCHREITER *

Beteiligungsrechte im Umweltschutz



ZUSAMMENFASSUNG:

„Der Natur und Umwelt eine Stimme geben!“, das ist das Anliegen der Aarhus-Konvention. Das Mahnschreiben der EU-Kommission und die Empfehlungen des Aarhus Convention Compliance Committee zeigen die Defizite auf, die in Österreich hinsichtlich des Zugangs zu Gericht bestehen, wenn es um die Verletzung von Umweltvorschriften geht. Art 9 Abs 3 der AarhusKV umzusetzen, stößt in Österreich auf viele Schwierigkeiten.

Die Aarhus-Konvention (AarhusKV) hat sich zum Ziel gesetzt, die Durchsetzung des Umweltrechts mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger sowie der Umweltorganisationen zu verbessern. Dazu sieht die AarhusKV drei Säulen vor: das Recht auf Umweltinformation (1. Säule), die Öffentlichkeitsbeteiligung an umweltrelevanten Entscheidungsverfahren (2. Säule) und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (3. Säule). Erstmals statuiert so ein völkerrechtliches Umweltschutzabkommen echte Rechtspflichten von Staaten, unter bestimmten Voraussetzungen Zugang zu gerichtlichem Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten („access to justice“) einzuräumen. Konkret sollen Mitglieder der (betroffenen) Öffentlichkeit – jedenfalls Umwelt-NGOs – laut Artikel 9 AarhusKV rechtliche Behelfe ergreifen können, damit sie Verletzungen des

innerstaatlichen Umweltrechts auch anfechten können. Das regeln die Absätze 1 bis 3 von Artikel 9 AarhusKV.

Bis auf einzelne Streitfragen hat Österreich die Vorgaben zur ersten und zweiten Säule schon dadurch umgesetzt, dass es die EU-Richtlinien zum Recht auf Umweltinformation (2003/4/EG) sowie zur Öffentlichkeitsbeteiligung in UVP- (Umweltverträglichkeitsprüfung) und IPPC- (Integrated Pollution Prevention and Control) Anlagenehmigungsverfahren (2003/35/EG) realisiert hat. Die Bundes- und Landesgesetze dazu ermöglichen im Streitfall auch den Zugang zu Gerichten. Sonst fehlt es aber am Zugang zu Gericht, wenn „umweltbezogene Vorschriften“ verletzt sein können, so wie dies Art 9 Abs 3 AarhusKV verlangt. So die Vorwürfe aus Brüssel wie aus Maastricht.

Das führt zur ersten Besonderheit der AarhusKV: Umweltschutzabkommen binden

herkömmlich nur die teilnehmenden Mitgliedstaaten. Und nur die können sich dann auch untereinander beschweren. In der AarhusKV ist aber vorgesehen, dass auch Beschwerden von „Mitgliedern der Öffentlichkeit“ entgegengenommen werden. Mittlerweile stammen fast allen Empfehlungen, die das Aarhus Convention Compliance Committee (ACCC), den Plenartagungen der Mitgliedstaaten zur Beschlussfassung vorlegt, von Beschwerden von Umwelt-NGOs. Zwei solcher Empfehlungen betreffen auch Österreich: ACCC/2010/48 stammt schon aus 2011; ACCC/2011/63 aus 2013. Beide hat die Vertragsstaatenkonferenz in Maastricht Ende Juni 2014 so beschlossen. ACCC/2010/48 rügt das Fehlen jeglicher Rechtsbehelfe im Sinne von Art 9 Abs 3 AarhusKV gegen das Tun oder Unterlassen von Behörden. ACCC/2011/63 verlangt zudem Rechtsbehelfe auch für

* Mag. Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Anlassbeschwerde I

Eine der Anlassbeschwerden stammt vom „Ökobüro“. Das „Ökobüro“ ist die Dachorganisation von 15 österreichischen Umwelt-NGOs. Weiterführende Infos finden sich unter: www.oekobuero.at/schwerpunkte/aarhus-gerichts-zugang/





Zu viele Hindernisse für Klagerechte.

das Strafrecht (z.B. das Artenhandelsgesetz), wenn Umweltverstöße nicht anders geltend gemacht werden können.

Der Sichtweise des ACCC hat sich nun auch die EU-Kommission im Mahnschreiben vom 11. Juli 2014 an den österreichischen Außenminister angeschlossen. Das führt zur zweiten Besonderheit: Die AarhusKV ist ein „gemischtes Abkommen“, weil ihr nicht nur die Mitgliedstaaten der EU sondern auch die EU selbst beigetreten sind. Art 216 AEUV bestimmt: Von der Union geschlossene Abkommen binden auch die EU-Mitgliedstaaten. Aus dem 2005 beschlossenen Beitritt der EU folgert die Kommission nun die Pflicht Österreichs, Art 9 Abs 3 AarhusKV in Bezug auf den gemeinschaftlich geregelten Rechtsbereich umzusetzen: Das gebiete das Prinzip der nützlichen Wirkung (Effektivitätsgrundsatz oder effet utile): Vorschriften dürfen nicht so

umgesetzt werden, dass sie wirkungslos bleiben.

Pikant am Vorgehen der EU-Kommission ist, dass sie erst vor kurzem ihren RL-Vorschlag zur Umsetzung des Zugangs zu Gericht (KOM(2003) 624) zurückgezogen hat. Einige Mitgliedstaaten wie Deutschland, Großbritannien, Österreich oder Italien haben vehement blockiert. Deren Empörung darf man hinterfragen, haben sie doch argumentiert, dass eine zentrale Regelung nicht nötig sei, die Mitgliedstaaten es besser regeln könnten. Tja! Dann muss man aber auch selber umsetzen. Das Subsidiaritätsprinzip ist kein Freibrief für Untätigkeit. Das stützt auch das Vorgehen der Kommission. Auf eine Beurteilung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) darf man gespannt sein.

Dessen ungeachtet ist das Mahnschreiben interessant, weil es zeigt, worauf es an-

weiter auf Seite 12 →

Anlassbeschwerde II

Die zweite Anlassbeschwerde stammt von der Tierschutzorganisation „Vier Pfoten“, die aufgezeigt hat, dass Tier- oder Naturschutzrecht oft nur – hinterher – über Strafverfahren umgesetzt wird, wo niemand Parteirechte hat. www.unece.org/env/pp/welcome.html

NICHT NUR IM UMWELTSCHUTZ VERBANDSKLAGERECHTE

Rechtssysteme, die auf der Schutznormtheorie aufbauen (siehe Interview mit Remo Klinger Seite 9), tun sich mit der AarhusKV schwer. Erschwerend ist, dass die österreichischen Höchstgerichte bislang dem Gesetzgeber fast beliebigen Spielraum in puncto Einräumung oder Entzug von Parteienrechten geben. Das zeigt sich etwa im Naturschutzrecht oder im Recht der Verkehrsanlagen. Mitgliedstaaten, in denen der Zugang zu Gericht vom Nachweis eines berechtigten Interesses abhängt, tun sich – wenigstens in diesem Punkt – leichter, außer sie stellen zu hohe Anforderungen an den Nachweis. Die Bundesarbeitskammer hat 2003 unter Berufung auf ihr berechtigtes Interesse Streithelferstatus im Rahmen eines Gerichtsverfahrens vor dem EuGH erlangt; die Verfahrens-

ordnung bestimmt, dass bei Konsumentenschutzorganisationen in Wettbewerbsachen dieses Interesse als gegeben anzunehmen ist. Das Beispiel zeigt die Tragweite des Themas: Berechtigte Interessen gibt es nicht nur aus dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes. Auch der Konsumenten- oder Arbeitnehmerschutz können solche Gesichtspunkte sein. Wenn z.B. die Arbeitsinspektion bei tödlichen Arbeitsunfällen beklagt, dass Staatsanwälte Anzeigen wegen Verstößen gegen das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz ohne ausreichende Prüfung zurücklegen, kommt auch Strafrecht in den Blickpunkt. So hat auch ein Aarhus-Experte kürzlich empfohlen, das Thema Verbandsklagerechte in Österreich umfassender zu betrachten.



kommt: Gleich am Beginn bezieht sich die Kommission auf das laufende Vertragsverletzungsverfahren zum Wasserkraftwerk an der Schwarzen Sulm (Nr. 2013/4018) sowie auf die Ergebnisse des EU-Pilotverfahrens 5503/13/ENV I zu einem Wasserkraftwerk an der Ybbs. In beiden Fällen rügt die Kommission Verstöße gegen das Verschlechterungsverbot aufgrund der WasserrahmenRL 2000/60/EG (WRRL) bzw. der Fauna-Flora-HabitatRL 92/43/EG (FFH-RL): Die Anforderungen, unter denen österreichische Behörden Ausnahmen vom Verschlechterungsverbot gewähren, seien zu gering. In keinem Fall konnten Umwelt-NGOs Rechtsbehelfe ergreifen.

Zutreffend sind auch die Darlegungen zum österreichischen Rechtssystem: Parteistellung und Zugang zu einer gerichtlichen Prüfung habe in Österreich nur, wer in Rechten betroffen sei; Mate-

riengesetze räumen entweder ausdrücklich Parteistellung ein oder es ergebe sich über die Auslegung durch die Gerichte, die hier unterscheiden, ob eine Bestimmung nur die Allgemeinheit schützt oder dem einzelnen auch subjektive öffentliche Rechte und damit Parteistellung zuspricht („Schutznormtheorie“).

KERN DES PROBLEMS

Speziell zu den Naturschutzgesetzen der Bundesländer rügt die EU-Kommission, dass Nachbarn nicht einmal geltend machen können, dass ein Projekt gegen Naturschutzrecht verstoße, weil die österreichischen Gerichte der Auffassung sind, dass dieses nur die Allgemeinheit schütze. Das trifft auch den Kern des Problems, nicht nur für das Naturschutzrecht.

Die Hinweise Österreichs, dass die Aarhus-KV einen gro-

ßen Ermessensspielraum gebe und der Schutz der Umwelt über die Landesumweltanwälte gewährleistet sei, verwirft die Kommission: Die AarhusKV sehe keine Sachwalter vor, die die Interessen der Öffentlichkeit schützen sollen. Die AarhusKV verlange einen direkten Zugang zu Gericht. Auch das ACCC habe diese Argumentation Österreichs geprüft und verworfen.

Konkret bemängelt die Kommission das Fehlen von Klagerechten in den Umsetzungen zur FFH-RL, WRRL, AbfallrahmenRL 2008/98/EG sowie zur LuftqualitätsRL 2008/50/EG. Aber nicht nur Umwelt-NGOs sollen – wie im UVP-Gesetz – Formalparteistellung bekommen. Auch Einzelpersonen sollen weitergehende Klagerechte erhalten.

Wie sich Österreich in seinem Antwortschreiben vom November gegenüber Brüssel verantwortet hat, ist nicht

bekannt. Bis Ende Dezember 2014 muss übrigens auch dem ACCC berichtet werden. Möglicherweise hat Österreich schon erste Zugeständnisse gemacht, zumal die Konferenz der Umweltlandesräte schon im Sommer den Umweltminister zur Einrichtung einer Bundesländer-Arbeitsgruppe für ein Bundes-Rechtsbehelfsgesetz aufgefordert hat, an dem sich dann Landes-Rechtsbehelfsgesetze orientieren können. Selbiges hat auch Umweltminister Rupprechter schon im Parlament angekündigt.

HÜRDEN

All dies sollte aber nicht zur Einschätzung verleiten, dass damit das Thema schon „auf den Weg gebracht“ sei. Die Hürden sind vielfältig – ganz abgesehen von der naturgegebenen Abneigung, nicht bloß der Politik, bisher gewohnte „Gestaltungsfreiräume“ einer gerichtlichen Nachkontrolle zu öffnen.

Es beginnt schon mit der Frage, welche Verwaltungsakte davon erfasst sein sollen. EU-Kommission und ACCC folgen dabei einem umfassenden Verständnis. Nicht bloß Bescheide fallen darunter. Auch an faktische Maßnahmen wie etwa die (Nicht-)Vornahme von Abgasmessungen oder Planungsaufgaben usw. ist zu denken. Besondere Schwierigkeiten bereitet es, die (Nicht-)Erlassung von Verordnungen prüfbar zu machen. Dies wird eine Bundes-Verfassungsgesetznovelle brauchen. Ein weiteres Problem ist, dass eine bundeseinheitliche Regelung der Zustimmung aller je nach Materie zuständigen Ministerien bedarf. Zudem: Welche Materien fallen unter „umweltbezogene Vorschriften“? □

KONVENTION

AARHUS KANN NICHTS DAFÜR



1998 ist in der schönen dänischen Stadt, die nach ihr benannte Konvention unterzeichnet worden. In Kraft getreten ist sie 2001. 47 Staaten – darunter auch Österreich (BGBl III 2005/88) – haben die AarhusKV bisher ratifiziert. Im Langtitel lautet sie: „Übereinkommen der Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten“. Die UNECE oder kurz ECE ist nach dem Zweiten Weltkrieg zum Wiederaufbau Europas gegründet worden. Während des Kalten Krieges ging es um die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen – auch zwischen Ost und West.

SCHWERPUNKT FLEISCHKONSUM

Weltweit steigt der Fleischkonsum, die Fleischindustrie ist globalisiert und konzentriert. Hoher Wasser- und Bodenverbrauch, Tierleid, schneller Rückgang der Artenvielfalt und Klimawandel sind die Folgen. Weniger Fleisch ist gesünder.



Industriefleisch Seite 14 **Umweltauswirkung Seite 18** **Zukunftsmodelle Seite 21**

Den globalisierten Fleischmarkt untersucht Iris Strutzmann auf seine Auswirkungen auf Tierhaltung, Gesundheit, Umweltkosten und Klimawandel. Sie beschreibt Unlauterkeiten der Fleischbranche und fehlgeleitete Agrarförderungen und plädiert für eine Wende.

Kontrolliert artgerechte Tierhaltung ist für immer mehr ÖsterreicherInnen wichtig. Tierwohl sollte nicht nur in der Biolandwirtschaft selbstverständlich sein, sondern auch in konventionellen Systemen mehr Bedeutung erlangen, führt Corinna Reinisch aus.

Fast ein Fünftel unseres globalen Fußabdrucks ist auf den Konsum von tierischen Produkten zurückzuführen, analysiert Barbara Janker. Der Klimawandel beginnt auf dem Teller. Alternativen sind möglich und nötig.

In Österreich häufen sich kritische Berichte über die Produktion von billigem Schweine- und Hühnerfleisch und die damit verbundene qualvolle Tierhaltung. Da könnte einem der Appetit schon vergehen. Weltweit ist der Fleischkonsum im Steigen. Klimawandel, Rückgang der Artenvielfalt, hoher Wasserverbrauch und viel Tierleid sind die Folgen.

VON IRIS STRUTZMANN *

Weniger Fleisch bringt's



ZUSAMMENFASSUNG:

Die Fleischindustrie ist so rationalisiert und Fleisch so billig wie noch nie. Massentierhaltung, negative Umweltauswirkungen und schlechte Arbeitsbedingungen sind der Preis dafür. In Europa bleibt der Fleischkonsum auf konstant hohem Niveau, dafür ziehen die Schwellenländer nach. Wer alternativ weniger Fleisch oder solches aus biologischer Landwirtschaft isst, ernährt sich wesentlich gesünder.

*DI Iris Strutzmann ist Agrarexpertin und Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Die weltweite Nachfrage nach Fleisch steigt in den Regionen der Welt ganz unterschiedlich an: In den traditionellen Ländern des Fleischkonsums wie Europa und den USA wächst der Konsum nur mehr langsam oder stagniert sogar, in den asiatischen Ländern hingegen boomt der Konsum. Die weltweite Produktion liegt bei rund 308 Millionen Tonnen Fleisch. Insbesondere bei Schweinen und Geflügel wächst der Markt, da diese beiden Tierarten das Futter besonders gut verwerten und auf engem Raum gehalten werden. Damit kann die Nachfrage nach billigem Fleisch gut abgedeckt werden. Die Produktion von Rindfleisch stagniert hingegen. Dafür hat Indien einen Markt für Büffelfleisch aufgebaut und verkauft dieses erfolgreich am Weltmarkt. Derzeit haben die Industrieländer noch die Oberhand am Weltmarkt, doch die Entwicklungs- und Schwellenländer drängen immer mehr in diesen Markt.

UNWÜRDIGE HALTUNG

Fleisch ist heute so billig wie noch nie: musste ein Industriearbeiter 1980 noch 92,7 Minuten für ein Kilogramm Schweinefleisch arbeiten, sind es im Jahr 2010 nur noch 32,2 Minuten. Laut einer Umfrage der „RollAMA“ der Agrarmarkt Austria (AMA) sind 45 Prozent der ÖsterreicherInnen der Mei-

nung, dass „Fleisch zu einer ordentlichen Mahlzeit“ gehört. Fleisch gehört schon lange zum Wohlstand, daher ist es auch nicht verwunderlich, dass der Konsum von Fleisch- und Wurstwaren derzeit in den Schwellenländern wie Indien und China enorm ansteigt. Dieser hohe Fleischbedarf führt zu viel Tierleid und hohen Belastungen für die Umwelt. Die Tierhaltung ist vor allem auf Fleischproduktion ausgerichtet. Für Schweine und Hühner bedeutet dies, in kürzester Zeit so viel Muskelfleisch wie möglich anzusetzen zu müssen, damit die Kosten niedrig bleiben – ein Masthuhn wird meist nach sechs Wochen geschlachtet. Hühner und Schweine werden in Mastställen gehalten, ohne dass sie je das Tageslicht erblicken. Die männlichen Ferkel werden kastriert, weil sie sonst einen für den menschlichen Genuss störenden Ebergeschmack entwickeln.

Österreichs Puten und Hühnern geht es trotz Massentierhaltung aber im europäischen Vergleich noch besser. So liegt in Österreich die maximale Besatzdichte bei den Puten bei 42kg/m², in Polen hingegen bei 70 kg/m². Bei den Hühnern liegt diese Grenze bei 30kg/m², im restlichen Europa bei 42kg/m². Deshalb strebt die österreichische Geflügelwirtschaft höhere Besatzdichten auch bei uns an – im Gegenzug sollen die Bestimmungen bei der Tiergesundheit verbessert werden.

weiter auf Seite 16 →



Hybridrassen und Massenhaltung – wenige Unternehmen kontrollieren den globalen Genpool.

WELTMARKT

GLOBALISIERTE FLEISCHINDUSTRIE

Das brasilianische Rindfleischunternehmen „JBS“ wurde mit dem Kauf von Fleischunternehmen in den USA, Australien und Europa Ende der 2000er Jahre zum weltweit größten Produzenten von Rindfleisch und zählt nach einer Übernahme weltweit nun auch zu den größten Geflügelproduzenten. Die Fleischindustrie nutzt acht Tierarten in großem Umfang: Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner, Truthähne, Enten und Hasen. Dabei werden bestimmte Rassen dieser Arten weitergezüchtet und einige wenige Zuchtstämme herausgebildet. Diese Hybridzucht ist vor allem bei Geflügel und Schwein weit verbreitet, die genetische Vielfalt nimmt daher stark ab und die Menschen essen fast nur mehr leistungsstarke und genetisch einheitliche Rassen. Heute kontrollieren drei Unternehmen 95 Prozent des Marktes für Brathühner, zwei Unternehmen 94 Prozent der Legehühner. Gleichzeitig ist ein Viertel der 8.000 Nutztierassen vom Aussterben bedroht.



„Die Größenvorteile der Fleischkonzerne senken die Erzeugerpreise und steigern ihre Marktmacht. Mit Zukäufen von Unternehmen stoßen sie unter die Größten der Lebensmittelbranche vor. Jetzt schlägt die Stunde der Banken, die auf Rohstoffmärkten spekulieren, Kredite anbieten und weitere Fusionen planen.“
(Fleischatlas 2014)

DIE TOP 10 DER FLEISCHBRANCHE

		Umsatz in Mrd. US-Dollar	Besonderheiten
1	JBS	38,7 (2012)	Weltgrößter Fleischverarbeiter, Sitz: Brasilien
2	Tyson Food	33,3 (2012)	Weltgrößter Fleischhersteller, zweitgrößter Verarbeiter von Hühnern, Rinder, Schweinen, Sitz: USA
3	Cargill	32,5 (2013)	US-Familienunternehmen, Hauptniederlassungen USA, Polen, Schweden
4	BRF – Brasil Foods	14,9 (2012)	Aus der Fusion von Saia und Perdigao entstanden, 60 Fabriken in Brasilien
5	Vion	13,2 (2011)	Firmensitz in den Niederlanden, größter Schweinefleischverarbeiter Europas
6	Nippon Meat Packers	12,8 (2013)	Gegründet in Japan; 59 Standorte in zwölf Ländern, meist in Asien und Australien
7	Smithfield Foods	13,1 (2012)	Mit Milliardenschulden 2013 an die chinesische Shuanghui-Gruppe verkauft, Sitz: USA
8	Marfrig	12,8 (2012)	Im Jahr 2000 aus mehreren Fusionen entstanden; viertgrößter Rindfleischproduzent weltweit, Sitz: Brasilien
9	Danish Crown AmbA	10,3 (2012)	Hauptniederlassungen in USA, Polen, Schweden; Europas größter Fleischproduzent, weltgrößter Schweineexporteur, Sitz: Dänemark
10	Hormel Foods	8,2 (2012)	40 Betriebe und Verteilerzentren, Sitz: USA

QUELLE: FLEISCHATLAS 2014 WWW.BUND.NET/FILEADMIN/BUNDENET/PUBLIKATIONEN/ LANDWIRTSCHAFT_7/140108_BUND_LANDWIRTSCHAFT_FLEISCHATLAS_2014.PDF

SCHWERPUNKT

FLEISCHKONSUM

→ Im Biolandbau geht es den Tieren besser: sie müssen jederzeit ins Freie können und ein besseres Platzangebot haben sie in der Regel auch. Aber auch hier gibt es aus Sicht des Tierwohls Verbesserungsbedarf: denn auch Bioferkel werden in den ersten sieben Tagen kastriert und ihr Schwanz wird kupiert – in Ausnahmefällen ist sogar die Anbindehaltung bei Rindern zugelassen.

HOHE UMWELTKOSTEN

Auch die Umwelt wird belastet: Die intensive Tiermast braucht viel Tierfutter, das größtenteils aus Südamerika importiert wird. Mittlerweile wird ein Drittel des weltweit angebauten Getreides als Tierfutter verwendet. In Nord- und Südamerika werden auf rund 15 Millionen Hektar Sojabohnen ausschließlich für den europäischen Bedarf angebaut – vorwiegend aus gentechnisch veränderter (GVO) Produktion. Diese Fläche fehlt den Menschen vor Ort für ihre eigene Ernährung. Zugleich hat dieser Anbau hohe negative Auswirkungen auf die Umwelt: Rodungen des Regenwaldes gefährden das Klima und die Artenvielfalt, die Böden und das Grundwasser werden durch den Pestizideinsatz verunreinigt.

Österreich benötigt jährlich rund 570.000 Tonnen importiertes Soja-Futtermittel, davon stammen rund 75 Prozent aus GVO-Anbau. Eine Alternative für diesen Import kann mittelfristig „Donau-Soja“ sein. Die Initiative für das gentechnikfreie „Donau-Soja“ ist von Österreich ausgegangen – die Basis für die GVO-freie Zertifizierung bilden die Richtlinien in Österreich und Deutschland. Damit sollen die Importe aus Lateinamerika durch in Europa produziertes GVO-freies Soja abgedeckt werden. Im Jahr 2013 konnten rund 70.000 Tonnen GVO-freies „Donau-Soja“ auf

dem Markt angeboten werden. Für 2014 stehen rund 200.000 Tonnen zur Verfügung.

UNLAUTERE FLEISCHBRANCHE

In Deutschland waren über Jahre hinweg unfaire Löhne in der Fleischbranche an der Tagesordnung. Die großen Firmen wie Tönnies, Vion und Westfleisch beauftragten Fremdfirmen mit der Zerlegung von Rindern, Schweinen etc. Diese Firmen bezahlten ihren ArbeiterInnen, die größtenteils aus Polen, Rumänien und Bulgarien kommen, Durchschnittslöhne von drei bis fünf Euro pro Stunde. Erst unter der neuen Regierung von Merkel/Gabriel wurde vereinbart, dass es künftig Tariflöhne in allen Branchen geben müsse, ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde wurde festgesetzt. Deutschland konnte sich durch diese geringeren Lohnkosten einen Preisvorteil von 30 bis 40 Euro je Schwein erwirtschaften und seine Schweineschlachtungen innerhalb von zehn Jahren von 40 auf 60 Millionen pro Jahr steigern. Auch auf die österreichische Fleischbranche wuchs angesichts der unlauteren Bedingungen Deutschlands der Druck, die Kollektivvertragslöhne zu unterlaufen. Laut Angaben des ÖGB werden bei KollegInnen aus Ungarn und anderen EU-Ländern Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Überstundenzuschläge oft nicht ausbezahlt und statt FacharbeiterInnen immer öfter ungelernte Kräfte eingesetzt.

UMWELTVERTRÄGLICHKEIT

Besonders große Tierhaltungsprojekte unterliegen in Österreich einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Laut Gesetz können sich „Intensivtierhaltungen vor allem als Geruchs- und Lärmbelastigungen, Luftemissionen, Abwasseremissionen, Beeinträchtigungen von Grund- und Oberflächenwasser sowie als Beeinträchtigungen von Böden durch Wirtschaftsdünger manifestieren“. UVP-pflichtig sind in Österreich Projekte ab einer Größe von

FLEISCH – ALTERNATIVEN

Immer mehr – insbesondere auch junge Menschen – verzichten auf Fleisch. Laut einer IFES-Studie gaben im Jahr 2013 neun Prozent der ÖsterreicherInnen an, vegan oder vegetarisch zu leben, 2005 waren es laut einer Eurobarometer-Umfrage erst drei Prozent. In 15 Prozent der österreichischen Haushalte lebt mindestens eine Person vegetarisch oder vegan.

48.000 Legehennen, Junghennen oder Truthühnern, 65.000 Masthühnern, 2.500 Mastschweinen und 700 Säuen.

Mit dieser UVP-Pflicht konnten aufgrund der Öffentlichkeitsbeteiligung in den vergangenen Jahren zwei große Schweinemastprojekte abgewendet werden. Zu groß war die Sorge der Bevölkerung um Grundwasserbelastung und Geruchsbelästigung.

Aber auch in Österreich werden immer mehr Tiere pro Betrieb gehalten: Hielten 1999 erst 74 Betriebe mehr als 800 Schweine pro Betrieb, waren es im Jahr 2010 bereits 644 Betriebe mit insgesamt rund 743.000 Schweinen

FEHLGELEITETE AGRARFÖRDERUNGEN

Berichte über die unwürdigen Haltungsbedingungen gab es in den vergangenen Jahren viele – allerdings dauert es immer sehr lange, bis sich an den Haltungsbedingungen etwas ändert. Mitverantwortlich dafür ist auch eine fehlgeleitete Agrarpolitik. So werden herkömmliche Stallbauten mit europäischen und nationalen Fördergeldern im Rahmen des „Programms für die Ländliche Entwicklung“ seit 1995 unterstützt. Die Einhaltung der bestehenden Tierschutzstandards ist die Mindestanforderung bei dieser Förderung – eine besonders artgerechte Tierhaltung erhält einen höheren Fördersatz. Diese Art der Subventionierung erschwert Veränderungen bei Tierschutzstandards, und lange Übergangsfristen verzögern Verbesserungen im Tierschutz. Mehr als zwei Jahre wurde in Österreich das Verbot des Kastenstandes bei Schweinen

Industrialisierte Landwirtschaft

Der Film „Unser täglich Brot“ des österreichischen Filmemachers Nikolaus Geyerhalter zeigt die Mechanisierung in der Landwirtschaft äußerst anschaulich. www.unsertaeglichbrot.at

Fleischatlas 2014

Er liefert Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/landwirtschaft/140108_bund_landwirtschaft_fleischatlas_2014.pdf

Pflanzenbetonte Küche

Es gibt einen erhöhten Bedarf nach einer europäischen gastronomischen Berufsausbildung, die auf das Gebiet der pflanzlich-basierten Kochkunst spezialisiert ist. www.vegucation.eu/de

ANTIBIOTIKA & HORMONE TIERMAST

Tiermast bedeutet auch den Einsatz von Antibiotika bei Krankheiten oder um Krankheiten vorzubeugen. Die große Gefahr dabei ist die Bildung von Resistenzen. Durch die oftmalige Gabe von Antibiotika in der Tiermast passen sich die Keime an die neuen Gegebenheiten an und können durch Antibiotika nicht mehr wirksam abgetötet werden. Eine Untersuchung des europäischen Verbraucherverbandes BEUC (www.beuc.org) zeigt, dass in sechs EU-Ländern mehr als 70 Prozent der getesteten Produkte mit antibiotikaresistenten Keimen belastet waren. Für Europa gibt es Schätzungen, dass jährlich rund 25.000 Menschen an den Folgen dieser Resistenzen sterben, weil ihr Körper auf die verwendeten Antibiotika nicht mehr reagiert. In Österreich gibt der jährliche Resistenzbericht „AURES“ Auskunft über Antibiotikaresistenz in der Tier- und Humanmedizin.

Beim Einsatz von Wachstumshormonen in der Tiermast bleibt die EU bei ihrem Verbot, denn es gibt viel zu wenig Wissen über die gesundheitlichen Auswirkungen bei deren Anwendung. Mit dem geplanten USA-EU-Freihandelsabkommen TTIP hoffen die USA, künftig ihr „Hormonfleisch“ nach Europa exportieren zu können. Im derzeit verhandelten Abkommen mit Kanada (CETA) wurde dies bereits explizit verboten.



„ DIE AK FÜHRT REGELMÄSSIG MIKROBIOLOGISCHE UNTERSUCHUNGEN DURCH UND ÜBERPRÜFT DAMIT DIE QUALITÄT VON FLEISCHPRODUKTEN

diskutiert, um letztendlich Übergangsfristen bis 2033 zuzulassen. Einer der Gründe dafür waren die mit öffentlichen Mitteln geförderten Stallbauten für Schweine, die nicht sofort wieder umgebaut werden können. Besser wäre es, ausschließlich tierfreundliche Ställe mit genügend Platz und Auslauf im Rahmen dieser Förderprogramme zu subventionieren. Diese Chance wurde in Österreich allerdings wieder verpasst. Auch im künftigen „Programm für die Ländliche Entwicklung“ werden herkömmliche Ställe nach wie vor gefördert – vorerst bis 2020.

WENIGER FLEISCH IST GESÜNDER

Weniger tierische Lebensmittel zu essen ist eine einfache und effektive Methode, die Umwelt zu schützen und sich selbst etwas Gesundes zu tun. Die EU-Studie „Food choices, health

and environment: Effects of cutting Europe's meat and dairy intake“ beschreibt, dass bei einer Reduktion des Fleischverbrauchs in der EU von derzeit 540 auf 285 Millionen Tonnen pro Jahr insgesamt 70 Millionen Tonnen mehr an Getreide für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehen würden. Zudem könnten 75 Prozent der Sojaimporte reduziert und 23,7 Mio. Hektar Land, das derzeit als Weideland und zur Futtermittelproduktion gebraucht wird, für andere Zwecke genutzt werden. Für die Umwelt und die Menschen wäre es gut: Die Treibhausgas-Emissionen in der Landwirtschaft könnten um bis zu 40 Prozent reduziert werden. Nicht zuletzt hätte der reduzierte Fleischkonsum äußerst positive gesundheitliche Auswirkungen – Herz-Kreislaufkrankungen würden signifikant zurückgehen. So gesehen: „Weniger Fleisch bringt's!“ □

Antibiotika in Österreich

Pro Jahr werden in der Humanmedizin im niedergelassenen Bereich ca. 45 Tonnen Antibiotika eingesetzt, in der Veterinärmedizin ca. 60 Tonnen Antibiotika verkauft. www.ages.at

Wasser und Fleischerzeugung

Ein Kilo Getreide benötigt 1500 Liter Wasser, ein Kilo Lammfleisch 10.000 Liter Wasser, ein Kilo Rindfleisch 15.000 Liter Wasser. Für ein Kilo Fleisch werden rund 10 kg Getreide verfüttert.

Tierische Produkte landen in großen Mengen auf den Tellern der Österreicherinnen und Österreicher. Intensivtierhaltung steht dabei in der Landwirtschaft im Vordergrund. Da tiergerechte Systeme aber mit höheren Kosten verbunden sind, die die Konsumentinnen und Konsumenten häufig nicht tragen wollen, kommt das Tierwohl meist zu kurz.

VON CORINNA REINISCH*

Zu Lasten des Tierwohls



ZUSAMMENFASSUNG:

Intensive Tierhaltung ist mit einer Reihe von Problemen verbunden. Biologische Landwirtschaft stellt eine deutlich bessere Alternative dar. Es sollte jedoch darauf abgezielt werden, dass auch in konventionellen Systemen dem Tierwohl in Zukunft mehr Beachtung geschenkt und es besonders bei Modernisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen aktiv mitbedacht wird.

In Österreich wurden 2013 laut Statistik Austria 5,4 Millionen Schweine, 623.000 Rinder und 74,3 Millionen Hühner geschlachtet. Der Großteil der Tiere wird in konventionellen Mastbetrieben gehalten. Denn auch wenn der Anteil an Biobetrieben im Milchsektor mit fast 17 Prozent schon recht hoch ist, liegt er bei Fleisch und Wurst nur bei vier bzw. zwei Prozent. Sowohl im konventionellen Sektor, als auch im Biosektor gibt es einen klaren Trend zu größeren Betrieben. Es gilt, möglichst günstig und viel zu produzieren. Die zunehmende Konventionalisierung und Industrialisierung von Landwirtschaft führen dazu, dass Tiere als Produktionsfaktoren gelten. Natürliche Verhaltensweisen und Tierwohl werden in diesen Systemen wenig beachtet.

SCHWEINE & RINDER

Schweinefleisch ist mit das Lieblingsfleisch der ÖsterreicherInnen. Auch im übrigen Europa spielt es eine große Rolle. Der größte Schweinefleischproduzent Europas – Vion – setzte im Jahr 2011 13,2 Milliarden Dollar um. Im Jahr 2013 wurden in österreichischen Betrieben 2,9 Millionen Tiere gehalten, die meisten davon konventionell. Der Bioanteil beträgt gerade einmal rund 1,5 Prozent. Die Anzahl der Schweine pro Betrieb stieg dabei in den letzten Jahren stark an. Waren es im Jahr 2007 noch 69 Schweine

pro Betrieb, sind es inzwischen schon 85. Dabei gilt es zu bedenken, dass 70 Prozent der österreichischen Betriebe weniger als zehn Schweine – meist für den Eigenverbrauch – halten, was die durchschnittliche Anzahl von Schweinen pro Betrieb nach unten drückt. Auch bei Biobetrieben ist ein Trend zu mehr Tieren pro HalterIn erkennbar. Hier grenzen jedoch Beschränkungen der Tieranzahl pro Hektar ein übermäßiges Wachsen der Betriebe ein.

Schweine sind intelligente und sauberkeitsliebende Tiere, die in intensiven Mastsystemen sehr oft großem Stress ausgesetzt sind. Auch wenn die permanente Kastenstandhaltung in Österreich verboten ist, müssen Muttersauen rund 100 Tage im Jahr in Kastenstand stehen. Dieser soll verhindern, dass die Muttertiere ihre Ferkel beim Hinlegen erdrücken. Dabei steht den Tieren nur wenig Platz zur Verfügung. Bis zu einem durchschnittlichen Ferkelgewicht von zehn Kilogramm sind es 4 m², danach 5 m². Bei Masttieren ist es nicht anders. Sie stehen meist auf Vollspaltböden ohne Einstreu. Bei einem Gewicht von 50 – 85 kg auf 0,55 m², ab 110 kg auf 1 m² pro Tier. Die Schwänze der Ferkel werden meist in den ersten 7 Tagen ohne Schmerzausschaltung kupiert. Damit sollte verhindert werden, dass sich die Schweine später die Schwänze abbeißen. Gründe dafür sind z.B. hohe Besatzdichten und strukturloser Umwelt.

* Corinna Reinisch Bakk.techn. ist Mitarbeiterin im Kompetenzzentrum für Nutztiere bei Vier Pfoten International.



Artgerecht gehaltene Schweine reden nicht im Fernsehen, sondern weiden auf der Alm – ganz natürlich und ohne „ja“.

Bei Ebern kommt das Verkürzen der Eckzähne und das Kastrieren dazu.

Ein Rindfleischverzehr von 12 kg sowie 112 kg an Milch und Milchprodukten pro Kopf der Bevölkerung machen Rinder zu bedeutenden Nutztieren. Der Anteil an geschlachteten Biorindern liegt mit etwa 14 Prozent wesentlich höher als bei den Schweinen, was unter anderem auf die Bioaffinität bei Milchprodukten zurückzuführen ist. Rinder werden, wie alle der in großem Ausmaß gehaltenen Nutztierassen, auf maximale Leistung hin gezüchtet. Bei milchbetonten Rassen steht die Laktationsleistung im Vordergrund. Bestimmte Einnutzungsrassen, wie das Holsteinrind, produzieren über 10.000 Liter Milch pro Jahr. Auch bei Zweinutzungsrassen ist die Milchleistung beachtlich. So hat Braunvieh eine Milchleistung von bis zu 9.000 Litern pro Jahr. Diese starke Leistungsorientierung macht sich in der Nutzungsdauer der Rinder bemerkbar. So durchlaufen die Rinder meist nur vier Laktationspe-

rioden, das ist der Zeitraum zwischen zwei Geburten, in denen eine Kuh Milch gibt. Danach werden die Tiere geschlachtet. In Deutschland sind mehr als ein Drittel der geschlachteten Rinder Kühe, von denen die Mehrzahl nach Ende der Milchnutzung oft mager und schlecht bemuskelt zur Schlachtung gelangt. Ein weiteres Problem bei Rindern ist die Anbindehaltung, die in Österreich immer noch erlaubt ist. Das Tierschutzgesetz schreibt nur 90 Tage Freigang pro Jahr vor. Den Rest des Jahres müssen die Tiere angebunden im Stall verbringen. Kälber von Milchkühen werden meistens direkt nach der Geburt von den Müttern getrennt und bis zu acht Wochen in Einzelboxen gehalten.

GEFLÜGEL

Der Großteil des Geflügelverzehrs entfiel im Jahr 2013 mit 8,4 kg auf Hühnerfleisch und Pute mit 3,5 kg. In Summe schlüpften in Österreich 2013 über

PROBLEMLÖSER

ZWEINUTZUNGS- HÜHNER

Um dem Kernproblem der Eiproduktion, dem Dilemma um die männlichen Küken, entgegenzuwirken, stellen Zweinutzungshühner eine Lösungsmöglichkeit dar. Diese können sowohl zur Ei- als auch zur Fleischgewinnung genutzt werden, da in der Zucht beide Aspekte berücksichtigt werden. Hierbei legen die Hennen etwas weniger und kleinere Eier und die männlichen Tiere können schonend gemästet werden. Projekte, in denen Zweinutzungshühner verwendet werden, sind:

- „Haushuhn und Gockelhahn“ von „Ja!Natürlich“ in Kooperation mit Vier Pfoten – erhältlich unter „Bio-Eier mit Liebe gemacht“
- Initiative „Henne und Hahn“ von Toni Hubmann
- und „Hahn im Glück“ von „Zurück zum Ursprung“

Tiertransporte

Vorschriften in Österreich.
www.lfi.at/mmedia/download/2013.11.13/1384326403102143.pdf

” FÜR 47 PROZENT DER ÖSTERREICHERINNEN IST FLEISCH AUS KONTROLLIERTER ARTGERECHTER TIERHALTUNG WICHTIG

Kleinbestandsregelung

Sie gilt für Betriebe bis 35 GVE (= Großvieheinheit = 500 kg Lebendgewicht). Kühe und Rinder, die älter als zwei Jahre sind, werden mit 1 GVE berechnet, bei jüngeren schwankt der GVE-Wert zwischen 0,16 und 0,6 GVE.

Tierkrankheiten

Ein häufiges Erkrankungsbild sowohl in der konventionellen als auch der ökologischen Aufzucht und Mast von Puten sind Ballenentzündungen. Mehr unter: www.lfi.bund.de/fileadmin/dam_uploads/Publikationen/Im_Fokus/Im_Fokus_03-2014.pdf



TIERSCHUTZ

SIND BIOBETRIEBE BESSER?

Bio ist in punkto Tierschutz meist besser als konventionelle Ware. Biobetriebe müssen bei der Produktion eine Reihe von Richtlinien befolgen. Rinder und Ziegen werden jedoch auch in Biobetrieben enthornt, und Anbindehaltung von Rindern ist unter anderem aufgrund der Kleinbestandsregelung (Betriebe bis 35 Großvieheinheiten/GVE) immer noch möglich. Zudem fehlt es an Bio-Vorgaben zu Transport und Schlachtung. Trotz der Schwächen ist Bio aufgrund stärker verankerter Tierschutzaspekte und der Signalwirkung für den Markt die deutlich bessere Alternative.

→ 80 Millionen Masthühner und Legehennen. Der Großteil der Legehennen wird in Österreich in alternativen Systemen (Bodenhaltung, Freilandhaltung oder Bio) gehalten. Ein Teil von ihnen lebt jedoch noch in so genannten „ausgestalteten Käfigen“, in denen pro Huhn nur 750 cm² Fläche vorgesehen sind. Ab dem Jahr 2020 werden die ausgestalteten Käfige in Österreich verboten sein. Durch den Handel kommen Eier aus Käfighaltung aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft zu uns, da sich Österreich nicht selbst mit Eiern versorgen kann. Der Selbstversorgungsgrad

liegt bei 81 Prozent. Ein weiteres Problem bei der Eiproduktion ist die Küken-tötung. Bei Legehennen handelt es sich fast ausschließlich um Hybridrassen, die einzig auf die Legeleistung hin gezüchtet wurden. Die Tiere legen in der Mast nur wenig und langsam Gewicht zu, was dazu führt, dass männliche Tiere direkt nach dem Schlüpfen aussortiert werden, da das Mästen als nicht ökonomisch betrachtet wird. Die aussortierten Küken werden getötet und geschreddert. Im Vorjahr waren das in Österreich über 8,56 Millionen Küken, das sind über 23.450 Küken pro Tag. Eine mögliche

Alternative dazu stellen Zweinutzungs-hühner da. Diese erzielen zwar nicht die gleichen Legeleistungen, ein Töten der männlichen Küken fällt jedoch weg.

Auch die Geflügelmast ist intensiv und auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Die erlaubte Besatzdichte für die Geflügelmast ist sehr hoch. Bis zu 30 kg/m² sind erlaubt. Bei Puten liegt die erlaubte Besatzdichte bei 40 kg/m². Puten werden dabei so stark auf den Brustfleischanteil gezüchtet, dass sie sich am Ende der Mast oft gar nicht mehr auf den Beinen halten können. Bei nasser Einstreu erkranken die Tiere zudem oft an den Fuß- und Zehenballen. In der intensiven Geflügelmast stehen die Tiere unter großem Stress. Außerhalb von Österreich sind die erlaubten Besatzdichten noch höher, was die Wahrscheinlichkeit für auftretende Probleme verschärft. Da nur etwas mehr als vier Fünftel des Hühnerfleisches und nur knapp die Hälfte des Putenfleisches von heimischen Betrieben bereitgestellt werden können, landet auch Fleisch aus dem Ausland auf unseren Tellern. Bei Gänsen und Enten sind die Selbstversorgungsgrade mit 26 bzw. vier Prozent noch wesentlich geringer. Aus diesem Grund stellen sogar Lebendrupf und Stopfmast für den heimischen Konsum relevante Tierschutzprobleme dar.

TRANSPORT

Schlachtungen von Tieren (mit Ausnahme von Hausschlachtungen) sind mit Transport verbunden. Häufig werden Tiere dabei über weite Strecken transportiert. Spezialisierte Schlachthöfe und die Ausnutzung von Skaleneffekten machen regionale Schlachtungen immer unattraktiver. Die transportierten Tiere sind dabei oft Temperaturextremen und großem Stress ausgesetzt. Auch eine aktuelle Publikation des Verkehrsclub Österreich (VCO) zeigt, dass Tiertransporte in der Regel zu häufig und lange sind. Bis zu 30 Stunden dürfen Tiere quer durch Europa transportiert werden. Gefordert wird daher eine Befristung der Tiertransporte auf maximal acht Stunden und verstärkte Kontrollen. □

” EIERPRODUKTION: 8,56 MILLIONEN MÄNNLICHE KÜKEN WERDEN IN ÖSTERREICH PRO JAHR AUSSORTIERT, GETÖTET UND GESCHREDDERT.

Biobetriebe

Biobetriebe müssen bei der Produktion eine Reihe von Richtlinien befolgen. Diese umfassen unter anderem die Haltung und Fütterung der Tiere. Nähere Infos unter: www.bio-austria.at/biobauern/richtlinien

Zweinutzungshühner

Eine Rückbesinnung zu alten Produktionsmethoden stellen die Zweinutzungshühner dar. Mehr dazu unter: https://www.youtube.com/watch?v=ZACAZk_EiKY

Käfig-Eier

Die meisten Käfig-Eier landen in verarbeiteten Produkten. Eine Kennzeichnungspflicht wird schon lange gefordert. Mehr unter: www.welt.de/wirtschaft/article114832965/Industrie-schummelt-Kaefig-Eier-in-die-Lebensmittel.html

Das Wiener Schnitzel gehört zu Österreich wie der Stephansdom zu Wien. Doch heutzutage kann auch das Schnitzel seine globalen Verflechtungen nicht abstreiten. Denn selbst wenn das verzehrte Schwein oder Rind aus Österreich kommt, so hat es im Normalfall „südamerikanisch“ gespeist: nämlich Soja aus Brasilien, Argentinien oder Paraguay.

VON BARBARA JANKER*

Klimawandel auf dem Teller

ÖsterreicherInnen sind wahre Fleischtiger. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern häufen wir uns überdurchschnittlich viel Fleisch auf unsere Teller: Laut Statistik Austria nämlich nicht weniger als 39 kg Schwein, je 12 kg Rindfleisch und Geflügel und etwa zwei Kilogramm sonstiges Fleisch im Jahr. Das lässt nicht nur das Gesundheitssystem schlucken, das mit den Folgen des zu hohen Fleischverzehrs zu kämpfen hat.

Unser Fleischkonsum ist im wahrsten Sinne des Wortes auch schwere Kost für Mutter Erde.

Rund ein Viertel unseres ökologischen Fußabdruckes – das heißt der Fläche unseres Planeten, die wir zur Befriedigung unserer Bedürfnisse verbrauchen – ist auf unsere Ernährung zurückzuführen (siehe Grafik). Den Großteil davon – nämlich rund 80 Prozent – macht dabei der Konsum von tierischen Produkten wie Eier, Milch und Fleisch

ZUSAMMENFASSUNG

Rund 25 Prozent unseres ökologischen Fußabdruckes sind auf unsere Ernährung zurückzuführen. Den Großteil davon macht dabei der Konsum von tierischen Produkten wie Eier, Milch und Fleisch aus. Fleisch beansprucht nicht nur enorme Flächen im In- und Ausland, sondern heizt auch den Klimawandel ordentlich an.



SCHWERPUNKT

FLEISCHKONSUM

aus. Sowohl was den Flächenverbrauch als auch was die Treibhausgasemissionen betrifft, sind Schnitzel & Co. wahre Schwergewichte.

So beansprucht die Erzeugung eines Kilogramms Rindfleisch in Deutschland etwa 27 m² an Fläche, ein Kilogramm Schweinefleisch knappe 9 m² und ein Kilogramm Geflügel schlägt auch noch mit 8 m² zu Buche. Im Gegenzug dazu sind pflanzliche Produkte flächenmäßige Platzsparer: Für ein Kilogramm Erdäpfel benötigt man gerade einmal 0,25 m². Ähnliche Werte können auch für Österreich angenommen werden.

Vor allem die Produktion der Futtermittel nimmt enorme Flächen in Anspruch. Global betrachtet wird ein Drittel der gesamten Landoberfläche der Erde von der Tierhaltung beansprucht – Tendenz steigend. Schon lange können Industriestaaten ihren Ressourcenbedarf nicht mehr mit der eigenen landwirtschaftlichen Fläche decken, sondern nehmen Flächen außerhalb ihrer Grenzen in Anspruch. Die EU beispielsweise „importiert“ durch eingeführte Agrarrohstoffe umgerechnet 30 Millionen Hektar Agrarland. Das entspricht in etwa der Fläche von Ungarn, Portugal, Belgien und den Niederlanden zusammen. Fast die Hälfte dieser Agrarfläche entfällt auf Sojaprodukte aus Ländern wie Brasilien, Argentinien und Paraguay. In diesen Ländern gehen durch die rücksichtslose Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen jährlich riesige Gebiete an wertvollen Regenwäldern oder waldreichen Savannen wie der Cerrado für immer verloren. Dadurch wird der Klimawandel vorangetrieben und werden zusätzlich einige der artenreichsten Lebensräume der Welt, Heimat von so seltenen Arten wie Jaguar, Ara oder Riesenotter, zerstört.

Doch die dramatischen Konsequenzen sind nicht nur ökologischer Natur:

Nicht selten wird in den betroffenen Regionen die lokale Bevölkerung von dem Boden verdrängt, der sie ernährt und ihr als Einkommensgrundlage dient. Eine Studie des WWF Deutschland zeigt auf, dass ein Deutscher im Jahr umgerechnet 2.900 m² Fläche für seinen Jahresbedarf an Agrarprodukten beansprucht. Experten gehen davon aus, dass die wachsende Weltbevölkerung schon bald mit weniger als 2.000 m² Landwirtschaftsfläche pro Kopf auskommen muss – geht man von einer global gerechten Verteilung aus.

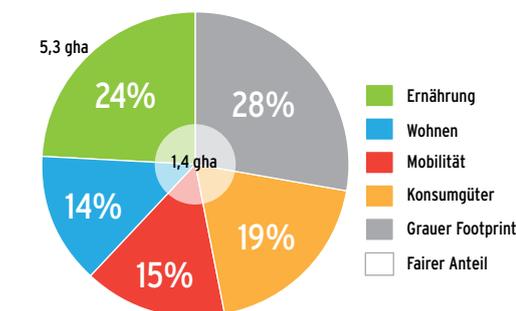
KLIMAWANDEL AUF DEM TELLER

Doch damit nicht genug: Ähnlich dramatische Berechnungen lassen sich für die Treibhausgasbilanz unserer fleischartbetonten Ernährung aufstellen. Der Konsum von Fleisch, insbesondere von

Rindfleisch, vergrößert den Klimafußabdruck der eigenen Ernährung massiv. Verantwortlich dafür sind die entlang der Prozesskette frei werdenden Emissionen – die so genannten direkten Emissionen. Dazu gehören unter anderem Treibhausgase aus dem Energieeinsatz, Lachgas-Emissionen durch anorganische und organische Stickstoffdüngung und Methan-Emissionen durch die Verdauung der Wiederkäuer. Die beiden letzteren sind wahre Klimawandel-Booster: Methan wirkt beispielsweise 21-mal stärker auf die Klimaveränderung als CO₂ und Lachgas sogar 310-mal stärker.

Hinzu kommen all die Emissionen, die durch Transport, Verarbeitung des Fleisches sowie die Verpackung und Kühlung entstehen. Einen oft unterschätzten Anteil hat auch der Transport der Produkte vom Verkaufsort bis in die eigene Küche. Besonders, wenn für

FOOTPRINT EINES/R ÖSTERREICHERS/IN



GHA = GLOBALE HEKTAR; 1 GHA = 10 000 GM²

Der durchschnittliche ökologische Fußabdruck eines/r Österreicher/in setzt sich anteilmäßig wie auf dem Diagramm zusammen. Der global fair verfügbare Anteil wäre ca. 1,4 gha.

ANTEIL DER LEBENSMITTEL AM FOOTPRINT DER ERNÄHRUNG



Ernährung gesamt ca. 1,3 gha (Österreich)

GHA = GLOBALE HEKTAR; 1 GHA = 10 000 GM²

Rund ein Viertel unseres ökologischen Fußabdruckes wird für die Ernährung benötigt. Etwa 80 Prozent davon entfallen auf den Konsum tierischer Produkte wie Fleisch, Eier und Milchprodukte.

QUELLE: ÖSTERREICHISCHER FUSSABDRUCKRECHNER 2013

*Mag. Barbara Janker, MBA ist Betriebswirtin und Mitarbeiterin von WWF Österreich. www.wwf.at

TIPPS

FÜR DEN BEWUSSTEREN FLEISCHVERZEHR



- Einmal weniger Fleisch pro Woche: Selbst kleine Veränderungen wie ein fleischfreier Wochentag tragen zum Klimaschutz und zur Bewahrung einzigartiger Lebensräume bei.
- Kleinere Portionen kaufen: Durch den Kauf von eher kleineren Fleischportionen sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass man das Fleisch nicht verwertet und deswegen wegwerfen muss.
- Kreative Resteverwertung: Auch auf den ersten Blick ungenießbare

Fleischstücke und Reste wie Hühnerknochen oder Fett lassen sich noch verwerten. Hühnerknochen beispielsweise kann man in einer Bouillon verwerten und Fett ganz einfach zum Anbraten von Fleisch verwenden.

- Fleisch aus artgerechter und nachhaltiger Haltung: Empfehlenswert sind Produkte, die nach den Kriterien des EU-Biosiegels oder Bio Austria hergestellt wurden, sowie „Weidefleisch“, das von Tieren stammt, die ganzjährig auf der Weide stehen.

„ DIE EMISSIONEN UNSERES DURCHSCHNITTLICHEN JAHRESFLEISCHKONSUMS ENTSPRECHEN DENEN EINER 1.900 KM LANGEN AUTOFAHRT.

wenige Kilogramm Lebensmittel 1.500 Kilogramm Auto bewegt werden. Alles zusammengerechnet, setzen Menschen in Europa allein durch die Ernährung stolze zwei Tonnen CO₂-Äquivalente Treibhausgase pro Jahr frei. Um das in Relation zu setzen: Insgesamt – also für alle Bereiche unseres Lebens samt Mobilität, Wohnen und Konsum anderer Güter – benötigt ein Österreicher pro Jahr ca. zehn Tonnen CO₂-Äquivalente.

Oder, um in Bildern zu sprechen: Die Emissionen unseres durchschnittlichen Jahresfleischkonsums kann man mit den Emissionen einer 1.900 km langen Autofahrt vergleichen. Das entspricht ungefähr einer Strecke von Wien nach Moskau. Und dabei sind hier bis jetzt nur die direkten Treibhausgasemissionen eingerechnet.

Je mehr Nahrungsmittel benötigt werden, desto mehr Ackerland wird gebraucht. Wie bereits dargelegt, werden dafür nicht selten Regenwälder oder andere artenreiche Lebensräume zerstört. Die Emissionen, die durch diese

Landnutzungsänderung ausgestoßen werden, erhöhen die Klimabelastung um ein Vielfaches, weil der in der Biomasse gebundene Kohlenstoff als CO₂ in die Atmosphäre entweicht. Expertenmeinungen zufolge machen die Emissionen, die durch Landkonversionen entstehen, immerhin zehn bis zwölf Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen aus. Sehr kleine Änderungen in unseren Ernährungsgewohnheiten, etwa die Zunahme des Fleischkonsums um ein paar Kilo mehr pro Kopf und Jahr, kann so dazu führen, dass am anderen Ende der Welt Wald gerodet und neue landwirtschaftliche Flächen erschlossen werden müssen.

Heißt das nun, dass wir uns vom Schnitzel verabschieden müssen und uns künftig von Karotten und Erbsen ernähren sollen? Diktierter Vegetarismus? Die Antwort: Nein. Es geht nicht darum, dem Fleisch völlig den Rücken zuzukehren, sondern es weniger und bewusster zu konsumieren. Immerhin essen wir heutzutage ungefähr viermal so

viel Fleisch wie noch 1850 oder doppelt so viel wie vor 100 Jahren. Heute kaum mehr zu glauben: Noch vor 160 Jahren lag der Verzehr von Fleisch und Hülsenfrüchten gleichauf. Mittlerweile essen wir ungefähr 150-mal mehr Fleisch als Bohnen, Linsen & Co.

QUALITÄT STATT QUANTITÄT

Deswegen ist die Devise Qualität statt Quantität: Einmal weniger zum Steak greifen und sich dafür das Biorind aus der Region gönnen statt Massenware aus Argentinien. Das gilt auch für Schweinernes: ein Kilogramm Demeter-Schwein schlägt klimabilanzmäßig nur noch mit 1,5kg CO₂-Äquivalenten zu Buche – das entspricht etwa der Hälfte eines konventionellen Produkts.

Studien zeigen, dass bereits ein fleischloser Tag pro Woche massive Auswirkungen hätte. Um wieder den Vergleich mit dem Auto zu strapazieren: Eine vierköpfige Familie müsste auf insgesamt 3.600 km Autofahrt verzichten, wollte sie den gleichen Klimaeffekt erzielen, wie ihn ein fleischfreier Wochentag hätte.

Und nicht nur die Umwelt, sondern auch unsere Gesundheit wird es uns letztendlich danken. So rät das Bun-

Konsumverhalten

Die Langfassungen der WWF Deutschland-Studien zum Thema Fleisch sind zu finden unter: www.wwf.de/themen-projekte/landwirtschaft/ernaehrung-konsum/fleisch/fleisch-frisst-land/

Orientierungshilfe

Generell gilt beim Einkauf der Leitsatz: „fair trade - regional - saisonal - bio“ als Orientierungshilfe Weiterführende Konsumtipps – auch zu Fisch und Sushi – gibt es unter: www.wwf.at/de/lebensmittel/

Markttransformation

TEDx Talk mit Jason Clay vom WWF US über die Risiken des gegenwärtigen, nicht nachhaltigen Konsumverhaltens und darüber, wie man Märkte transformiert: www.youtube.com/watch?v=IDgr2qaCgXI

INTERVIEW MIT REINHARD GESSL VON FIBL

WIEVIEL FLEISCH VERTRÄGT DIE WELT?

Fleischkonsum wird oft mit ungesunder Ernährung, Intensivlandwirtschaft mit Tierleid in Zusammenhang gebracht. Wie muss eine Fleischproduktion erfolgen, die Gesundheit und artgerechte Tierhaltung unterstützt?

Bedingt der Fleischkonsum die Intensivlandwirtschaft?

Geßl: Fleischkonsum bedingt eine landwirtschaftliche Nutztierhaltung, bzw. umgekehrt. Nutztierhaltung muss man sich als einen Deal zwischen diesen und den BäuerInnen vorstellen: für unseren Genuss schenken wir den Tieren das Leben, als Gegenleistung dürfen diese von uns eine artgemäße Tierhaltung verlangen. Im Sinne einer globalen Glücksbilanz ist Nutztierhaltung nur dann zulässig, wenn die Bilanz positiv ist. In der Realität führt unser hoher Fleischkonsum aber zum Gegenteil: um den enormen Fleischhunger stillen zu können, muss die Produktion immer billiger und damit schlechter werden. Die Mindesthaltungsbedingungen, die im Tierschutzgesetz festgelegt sind, sollen Tierleid verhindern. Tiergerecht oder gar die Umsetzung einer Idylle spielt es aber bei diesen Fleischbergen nicht.

Ist Fleischproduktion ohne Antibiotika- und Hormoneinsatz möglich? Gibt es eine kritische Tiermedizin?

Geßl: Selbstverständlich kann eine moderne Tierhaltung ohne Medikamenteneinsatz auskommen. Hormon- und Antibiotikagaben zur Leistungssteigerung sind in der EU grundsätzlich verboten. Sehr wohl werden aber bei den häufig auftretenden Gesundheitsproblemen bei Fleischtieren vom Tierarzt Antibiotika verschrieben.

Die Mengen der in der EU eingesetzten Veterinärantibiotika sind jedenfalls besorgniserregend hoch. Kritische TiermedizinerInnen gibt es, sie werden überwiegend von Bio-BäuerInnen für die selten aber doch notwendigen Behandlungen im Betrieb angefordert.

Wie steht es um das Tierwohl in der Bio-Landwirtschaft?

Geßl: Die Bio-Tierhaltung wird über die EU-VO 834/2007 einheitlich geregelt und jährlich kontrolliert. Die Vorschriften sind nach Erkenntnissen der Nutztierverhaltensforschung ausgearbeitet und garantieren weitgehend tiergerechte Bedingungen. Nicht garantieren kann sie allerdings idyllisierte Bilderbuchvorstellungen. So gibt es auch in der Bio-Tierhaltung Teilbereiche, die noch Entwicklungsspielraum nach oben lassen. Zum Beispiel dürfen Rinder und Ziegen noch enthornt werden. Die Bio-Landwirtschaft arbeitet aber an guten Lösungen für diese „Baustellen“.

Warum werden Bio-Fleischprodukte so wenig nachgefragt?

Geßl: Die Nachfrage nach Bio-Fleisch ist ob der doch deutlichen Preisdifferenz nach wie vor bescheiden. Wenn sich alle Menschen, die sich am Stammtisch über die ach so argen Tierhaltungsbedingungen aufregen, konsequent, also zu Hause, im Gasthaus und in der Betriebskantine für Biofleisch und -wurst entscheiden, dann wäre schon viel gewonnen.

desministerium für Gesundheit in seiner Ernährungsempfehlung zu 300 bis 450 Gramm fettarmem Fleisch oder Wurst pro Woche. Nimmt man den durchschnittlichen Fleischverzehr in Österreich als Basis, essen wir fast das Dreifache der empfohlenen Menge. Eine Reduktion wäre also für die Umwelt ein Vorteil und für den Menschen gesund.

GESUNDE RESSOURCENSCHONUNG

Neben der Rückkehr zum Schnitzel als Sonntagessen bringt eine andere Verhaltensänderung auch enormes Potenzial bezüglich Ressourcenschonung: Weniger Lebensmittel wegwerfen! Die Fakten dazu sprechen für sich selbst: Die Lebensmittelverschwendung trägt weltweit dreimal so viel zum Klimawandel bei wie der Luftverkehr. Laut Zahlen der Welternährungsorganisation aus 2011 geht etwa ein Drittel der Lebensmittelproduktion „verloren“. Und obwohl Fleisch relativ gesehen weniger weggeworfen wird als beispielsweise Obst, Gemüse oder Backwaren, ist es hier aufgrund der Ressourcenintensität besonders „verschwendet“. Werfen wir ein Steak (200g) weg, verschwenden wir eine Ackerfläche, auf der 27 kg Kartoffeln hätten angebaut werden können – ganz zu schweigen von Energie, Land, Wasser und Futtermitteln, die umsonst eingesetzt wurden.

Ein bisschen weniger und ein bisschen bewusster – vielleicht einmal mehr zu Gemüse und Obst greifen – damit wäre schon viel erreicht. Eine gesunde, fleischarme Ernährung ist gut fürs Wohlbefinden und das Klima. Von den fünf Portionen, die als Ernährungsempfehlung gelten, sind die meisten von uns – wenn wir ehrlich sind – doch noch ein bisschen entfernt. Wer die Umwelt schonen will, setzt am besten auf regional-saisonal-biologische Erzeugnisse, egal ob bei Fleisch, Obst oder Gemüse. Biologische Landwirtschaft reduziert die Treibhausgasemissionen, mit weniger Fleischkonsum kann man überdies die Klimabelastung schnell verringern. Das stärkt die heimische Regionalwirtschaft, erhält und schafft Arbeitsplätze. □



* Dipl.-Ing. Reinhard Geßl ist Mitarbeiter beim Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL Österreich), zuständig für KonsumentInnen-Information und Tierhaltung. www.fibl.org, www.bio-wissen.org

AKTION

BROSCHÜRE

BÜRO & UMWELT

So schaut er aus, der umweltfreundliche Arbeitsplatz: Energie besser nutzen, nachhaltige Büromaterialien verwenden, mehr Grün im Büro, gesünder essen oder spritsparender zur Arbeit fahren: Das schont nicht nur unsere Umwelt. Es verbessert auch das Wohlbefinden

der über 1,4 Millionen Menschen, die in Österreich im Büro arbeiten. Die Broschüre beinhaltet hilfreiche Tipps und Infos, damit Sie und Ihre Kolleginnen

und Kollegen in einem guten und gesunden Umfeld arbeiten können. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.), Jutta Kellner (Autorin): Büro und Umwelt. Der umweltfreundliche Arbeitsplatz. Wien 2014. **LEI**

Download unter: http://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/umwelt/Buero_und_Umwelt.html

INDUSTRIEGIPFEL

STANDORT ÖSTERREICH

Am 24. November veranstalteten AK-Wien, ÖGB und der Rat für Forschung und Technologieentwicklung eine hochrangige Konferenz mit dem Titel

„Industriestandort Österreich – wie geht es weiter?“. Über 350 TeilnehmerInnen und eine rege Beteiligung der Medien zeugen vom hohen Interesse, welches der Frage nach der Bedeutung und den zukünftigen Chancen der österreichischen Industrie und ihrer Arbeitsplätze beigemessen wird. Es sprachen neben den Präsidenten Kaske, Foglar, Kapsch, Leitl und Ratsvorsitzendem Androsch auch Vizekanzler Mitterlehner, die Minister Stöger und Hundstorfer sowie eine Reihe hochrangiger VertreterInnen von Unternehmen, Betriebsratskörperschaften, Gewerkschaften, Wissenschaft und Fördergesellschaften. **RL** Mehr unter: <http://wien.arbeiterkammer.at/industriegipfel>

BROSCHÜRE

NANO-TECHNOLOGIE

Viele Produkte enthalten bereits Nanoteilchen, etwa Kosmetika, Lacke, Beschichtungen für Lebensmittelverpackungen oder Autopolituren. Auch in der Ernährung nimmt der Einsatz der Nanotechnologie zu. Aber gerade im Zusammenhang mit Lebensmitteln ist für viele KonsumentInnen der Begriff Nanotechnologie noch ziemlich fremd. **LEI** <http://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/konsument/Nanotechnologie.html>



Betrieb: Arbeitsstätten

Die Gestaltung von Arbeitsstätten ist wichtig für unser Leben und unsere Gesundheit. Download der Infobroschüre unter: www.arbeiterkammer.at

RATGEBER

KONSUMENTENRECHTE

Konsumentenschutz umfasst alle Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen, die KäuferInnen von Waren oder Dienstleistungen vor Nachteilen schützen. Dies betrifft sowohl die Übervorteilung beim Einkauf als auch den Schutz vor unsicheren und gesundheitsschädlichen Produkten. Was alles vor, beim und nach dem Kauf zu beachten ist, darüber informiert die 4. korrigierte Auflage der AK Broschüre. **LEI**

Download: http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Konsumentenrechte_2014.pdf



TRICKS DER MARKETINGSTRATEGIEN ZUM KAUFEN VERFÜHRT

Marketingstrategien setzen KonsumentInnen oft sehr subtilen Kaufanreizen aus. Düfte, Farben oder eine reizvolle Verpackung sollen zum Kauf verlocken. Immerhin investieren Unternehmen jährlich Unsummen in klassische Werbung und Marketing. Die neue AK Broschüre „Zum Kaufen verführt“ gewährt Einblicke in die Marketingstrategien der Unternehmen und gibt KonsumentInnen Tipps gegen die Tricks. **LEI** http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Zum_Kaufen_verfuehrt.pdf

Datengierige Apps - gläserne NutzerInnen

Smartphones und Tablet-Computer sind eng mit ihren BesitzerInnen verbunden und fast wie ein offenes Buch. Siehe: www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/Apps/Datengierige_Apps.html

Lohnsteuer runter: 882.000 Unterschriften

ÖGB und AK übergaben „Lohnsteuer runter!“-Unterschriften an die Bundesregierung. Fotos und Video von der Übergabe: www.arbeiterkammer.at/service/presse/Jetzt_sind_die_ArbeiterInnen_dran.html

BETRIEB

In den vergangenen 40 Jahren hat sich die Zahl der ArbeitnehmerInnen, die zu ihren Arbeitsplätzen pendeln müssen, nahezu verdreifacht. Immer mehr Betriebe übernehmen Verantwortung für die Arbeitswege ihrer MitarbeiterInnen. Ob gratis Jobticket oder mehr Angebote für RadnutzerInnen – es gibt viele Möglichkeiten, die Mobilität der Beschäftigten gesünder und nachhaltiger zu gestalten. **VON THOMAS HADER***

Vorbildliches Mobilitätsmanagement



ZUSAMMENFASSUNG:

Ein gesundes Arbeitsleben beginnt, wenn man sich morgens auf den Weg in die Arbeit macht. Denn die Entscheidung, wie der Arbeitsweg bewältigt wird, hat nicht nur ökologische Folgen, sondern auch Auswirkungen auf die eigene Gesundheit. Vor allem aber auch darauf, wieviel Geld auf der Strecke bleibt. Das LKH Graz als Gewinner des VCÖ Mobilitätspreises zeigt, wie erfolgreiches Mobilitätsmanagement gelebt wird.

Mobil sein, um zur Arbeit zu kommen, betrifft so gut wie jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin. Gleichzeitig gibt es viele Unterschiede etwa in Bezug auf den Zeitaufwand, die Distanzen und beim gewählten Verkehrsmittel. Aktuelle Zahlen der Statistik Austria für 2011 zeigen, dass 91 Prozent der 3,9 Millionen Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz nicht am Wohngrundstück haben. Knapp mehr als die Hälfte der PendlerInnen hat eher kurze Arbeitswege von unter neun Kilometer, 18 Prozent pendeln zwischen zehn und 19 Kilometer und 31 Prozent müssen weitere Wege zurücklegen. Arbeitswege dauern im Durchschnitt 30 Minuten und damit länger als Einkaufs- oder Hol- und Bringwege.

Am gesamten Wegeaufkommen der ÖsterreicherInnen haben Arbeitswege einen Anteil von etwa 25 Prozent. Im Durchschnitt werden 60

Prozent der Pendelwege mit dem Pkw zurückgelegt, im städtischen Bereich sind es teilweise nur noch 30, im ländlichen Raum bis zu 90 Prozent. Problematisch an der Auto-Mobilität sind einerseits die hohen Kosten für die Haushalte (pro Pkw belaufen sich die monatlichen Ausgaben auf etwa 400 Euro) und andererseits die Auswirkungen auf die Allgemeinheit. Allen voran Lärm- und Luftbelastung – der Verkehrssektor gilt als zweitgrößter Klimasünder. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass der städtische Personenverkehr für 17 Prozent und der ländliche Personenverkehr immerhin für ein Drittel der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist.

ARBEITSWEGUNFÄLLE

Obwohl der Zeitaufwand für den Arbeitsweg in der Regel nicht zur Arbeitszeit zählt, wer-

den in der gesetzlichen Unfallversicherung Wegeunfälle zwischen Wohn- und Arbeitsort als Arbeitsunfälle behandelt. 2013 ereigneten sich fast 12.000 Unfälle am Arbeitsweg, rund die Hälfte davon waren Verkehrsunfälle im engeren Sinn. Damit machen Wegeunfälle elf Prozent der Arbeitsunfälle von Erwerbstätigen aus und zeichnen in etwa für rund 200.000 Krankenstandstage pro Jahr verantwortlich. Zwar hat dank der Bemühungen um mehr Arbeitssicherheit die Zahl der Arbeitsunfälle zwischen 2004 und 2013 um 15 Prozent abgenommen, Unfälle am Arbeitsweg sind im gleichen Zeitraum jedoch nur um drei Prozent gesunken. Besonders negativ: Wegeunfälle enden drei- bis viermal häufiger tödlich als Arbeitsunfälle. Das Risiko von Wegeunfällen ist bei der Fahrt mit dem Pkw erheblich größer als bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs.

In Summe zeigt sich, dass

* Mag. Thomas Hader ist Arbeits- und Wirtschaftspsychologe und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

Arbeit und Bewegung

„Erwachsene sollten jede Gelegenheit nutzen, körperlich aktiv zu sein. Jede Bewegung ist besser als keine Bewegung.“ Auch der Arbeitsweg kann solch eine Gelegenheit sein, so der Fonds Gesundes Österreich. Mehr unter: www.fgoe.org/presse-publikationen/downloads/broschueren-folder





die Art der MitarbeiterInnenmobilität weitreichende Folgen für ArbeitnehmerInnen, Betriebe und deren AnrainerInnen und nicht zuletzt für die Umwelt und das Klima hat. Neben der Leistbarkeit und der Verfügbarkeit von Mobilitätsangeboten spielen auch die betrieblichen Rahmenbedingungen eine Rolle, wie und mit welchen Verkehrsmitteln die ArbeitnehmerInnen ihren Arbeitsplatz erreichen, weshalb auch Unternehmen in der Pflicht sind.

MOBILITÄTS-MANAGEMENT

Nicht ohne Grund hat sich ab den 1990ern das Managen der betrieblichen Mobilität mehr und mehr etabliert. Die Ziele dabei sind Emissionen und andere nachteilige Folgen der Mobilität zu verringern und damit zu nachhaltigerer Mobilität beizutragen. Damit soll effizientere, sozial- und umwelt-

verträgliche Mobilität für die MitarbeiterInnen ermöglicht werden. War betriebliches Mobilitätsmanagement vor einigen Jahren noch Pionierarbeit, gibt es heute zahlreiche Initiativen dazu. Es zeigt sich jedoch, dass dabei die Einsparung von Treibhausgasemissionen eher im Vordergrund steht, Vorteile für und Bedürfnisse von MitarbeiterInnen kommen oftmals am Rande vor. Dabei geht es um so viel mehr.

LKH-UNIVERSITÄTS-KLINIKUM GRAZ

Das zeigen auch die Siegerprojekte des diesjährigen VCÖ-Mobilitätspreises. Unter den rund 300 eingereichten Projekten kommt nicht nur der Gesamtsieger aus dem Bereich der MitarbeiterInnenmobilität, sondern insgesamt wurden drei Betriebe für ihre Bemühungen um die Mobilität ihrer Beschäftigten ausgezeichnet. Einer davon ist das LKH-Univ.

„ MOBILITÄTSMANAGEMENT HEISST: DEN MITARBEITERINNEN EIN UNSCHLAGBARES ANGEBOT MACHEN. **“** GERHARD HAMMER, ANGBRV, LKH-UNIV. KLINIKUM GRAZ

Klinikum Graz, der größte Betrieb in der Steiermark.

Die fast 7.000 MitarbeiterInnen sorgen für ein entsprechendes Verkehrsaufkommen, und wenn viele mit dem PKW zur Arbeit pendeln, benötigt es auch gehörig Platz zum Abstellen der Fahrzeuge. Diesen gibt es allerdings nur begrenzt in Form von rund 2.050 Stellplätzen, was von vielen als besonders problematisch erlebt worden war. Denn pro Jahr konnten im Durchschnitt durch personelle Veränderungen nur 200 Parkplätze neu vergeben werden, zeitweise stapelten sich jedoch über 700 neue Parkanträge. Gerhard Hammer vertritt als Betriebsrat über 5.200 Angestellte des LKH-Univ. Kli-

nikum Graz und berichtet über die damalige Problematik: „Wir haben stets versucht, soziale Aspekte bei der Parkplatzvergabe zu berücksichtigen“ und meint damit, dass beispielsweise Eltern, die ihre Kinder in den Betriebskindergarten bringen, bevorzugt werden. Aber bei der Vielzahl von Anfragen war ein Abwägen oft unmöglich. Im Projekt „Mitarbeitermobilität NEU am LKH-Univ. Klinikum Graz“ haben Betriebsdirektor, Personalleitung und Betriebsrat Anfang 2013 Nägel mit Köpfen gemacht. So wurde in Betriebsvereinbarungen die Vergabe der Parkplätze neu geregelt und die Nutzung sozial gestaffelt verteuert. Das heißt, dass bei der Preisgestaltung die Entfernung

SICHERHEIT

UNFÄLLE AM ARBEITSWEG

Arbeitsunfälle sind plötzlich von außen auftretende Körperschädigungen im ursächlichen, örtlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der versicherten Erwerbstätigkeit oder Ausbildung. Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung umfassen unter anderem Unfallheilbehandlungen sowie Rehabilitationen. Weiters zahlt die Unfallversicherung Zuschüsse für Entgeltfortzahlung, wenn die Versicherten infolge von Arbeitsunfällen behandelt werden müssen. Die Versicherten können zudem Anspruch auf eine Versehrtenrente haben, wenn ihre Erwerbsfähigkeit vermindert ist. Unter Versicherungsschutz stehen auch Wege im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit oder Ausbildung. Nähere Infos bietet die AUVA. www.auva.at

Ratgeber

Auf den Seiten des Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) finden sich zahlreiche Ratgeber und Fakten zu verschiedenen Verkehrsthemen wie Rad- und Fußverkehr: www.bmvit.gv.at/service/publikationen/verkehr/index.html

Mobilitätspreis 2014

Informationen und Preisträger zum Mobilitätspreis des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) finden sich auf: www.vcoe.at/mobilitaetspreis

MOBILITÄT MANAGEMENT BRINGT'S

- Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, weil sie Wegekosten sparen und sicherer und pünktlicher zur Arbeit kommen. Zusätzlich können ArbeitnehmerInnen dadurch wesentlich umweltschonender und stressfreier unterwegs sein und sogar etwas für ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit tun.
- Für Unternehmen, weil sie Kosten sparen (beispielsweise bedeuten weniger Pkw-Stellplätze weniger Ausgaben) und weniger Ausfälle durch Krankenstände haben. Darüber hinaus profitieren sie von einem besseren Firmenimage und zufriedeneren MitarbeiterInnen.
- Für alle, weil nachhaltigere Pendelmobilität weniger Emissionen und weniger Lärm bedeuten und im städtischen Bereich mehr Platz fürs zu Fuß gehen und das Radfahren bleibt.

oder auch Betreuungspflichten für Kinder mitberücksichtigt wurde.

GEGENWIND

„Anfangs gab es da einigen Gegenwind“, erklärt Personalchef und Projektleiter Mag. Thomas Bredenfeldt und ist überzeugt, dass der Erfolg der Maßnahmen darauf beruht, dass es gelungen ist, aus einer Loose-loose eine Win-win Situation zu machen. Denn die Mehreinnahmen machen es möglich, dass alle, die mit dem öffentlichen Verkehr kommen, vom Arbeitgeber ein Jobticket finanziert bekommen. Das bedeutet, dass jeder wählen kann, entweder auf seine herkömmliche Weise mit dem Auto oder bequem und kostenlos mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit zu kommen. Auch für die RadnutzerInnen gibt es sehr gute Angebote, betont Ing. Joachim Sachornig, der für das Facility Management zuständig ist: „Insgesamt stehen am Gelände fast 1.700 Radabstellplätze zur



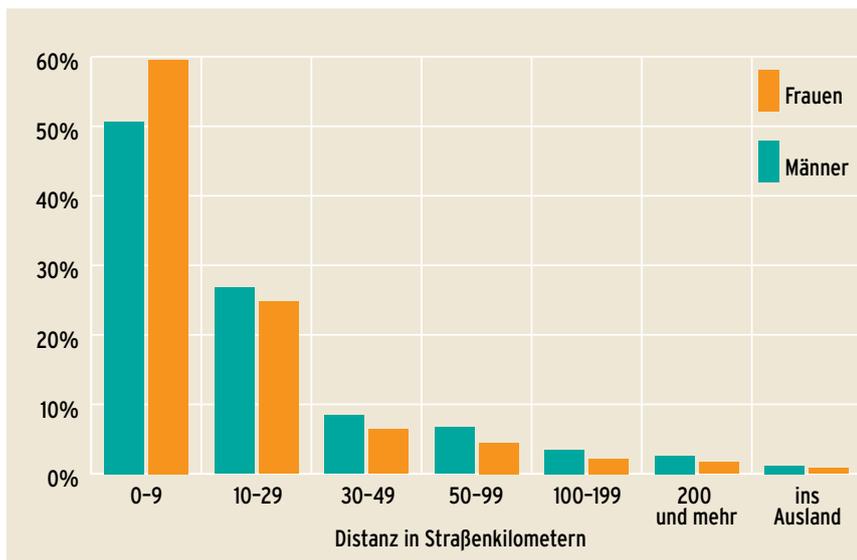
Verfügung, nahezu 300 davon überdacht, sowie zwei Self-Service-Boxen mit allen wichtigen Werkzeugen.“ Zusätzlich werden gratis Fahrrad-Services angeboten und können hochqualitative Fahrräder günstig erworben werden.

ERFOLGSBILANZ

Der Erfolg kann sich sehen lassen. Die Parkplatzknappheit gehört der Vergangenheit an, in nur einem halben Jahr gaben 264 Beschäftigte ihre Parkplätze zurück. Mag. Alexandra Karner, die die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen bestens kennt, berichtet, dass die Zahl der finanzierten Jobtickets weiterhin steigt und diesen Oktober die Zahl von 1.800

überstiegen hat. All jenen, die Angst vor einem überbordenden Verwaltungsaufwand für die Jobtickets haben, nimmt Gertrude Neuhold den Wind aus den Segeln. „Pro Woche zwei Stunden meiner Arbeitszeit sind wenig, wenn man den enormen Nutzen gegenüberstellt, den der Standort durch die vermehrte Öffnung hat.“ Das Team des LKH-Univ. Klinikum Graz blickt voll Tatendrang in die Zukunft und hat schon einiges in Umsetzung: von E-Tankstellen über Smartphone Apps bis hin zur Mitsprache bei der Fahrplangestaltung und Linienführung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Erfahrungen zeigen: Mobilitätsmanagement bringt's, man muss nur damit anfangen! □

PENDELDISTANZEN: Verteilung bei Männern und Frauen



Rund vier Millionen aktiv Erwerbstätige gibt es laut Registerzählung 2011 in Österreich. Der Berufspendelverkehr gewinnt immer weiter an Bedeutung, wobei Männer im Durchschnitt weiter pendeln als Frauen. Durch die Übernahme von Kinderbetreuung und Hausarbeit sind Frauen stärker auf die regionalen Arbeitsmärkte angewiesen, dies ist einer der Gründe für die Ungleichheiten bei den Verdienstmöglichkeiten. Die Zahl der ErwerbspendlerInnen, die ihre Wohngemeinde für die Ausübung ihrer Arbeit verlassen, ist im Vergleich zur Volkszählung 2001 um 16 Prozent gestiegen.

MEDIEN

BUCH ENTWICKLUNG DER ARBEIT



BUCH SCHWARZBUCH MARKENFIRMEN

Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Welt im Griff der Konzerne. Verlag Zsolnay, 2014.

Große Konzerne verfolgen vor allem ein Ziel: maximalen Profit. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, ethische Grundsätze und Umweltschutz fallen diesem Ziel oft zum Opfer. Daran hat sich seit 2001, als die erste Ausgabe des „Schwarzbuch Markenfirmen“ erschien, wenig geändert. Finanz- und Wirtschaftskrisen und die fortschreitende Globalisierung haben die Welt seither stark verändert. Die Autoren nehmen nicht nur neue Global Player (Facebook, Google, Apple) unter die Lupe, sondern auch Banken und altbe-

kannte Klassiker (etwa Coca-Cola). Neben der Macht, die jede und jeder Einzelne von uns hat, widmen sich die Autoren auch den Möglichkeiten der Gegenwehr, die sich in den vergangenen Jahren ebenso verändert haben. **LEI**

FALTER: ÖKONOMIE- SONDERHEFT DIE KRISE VERSTEHEN

Das Heft liefert einen umfassenden Einblick in die ökonomischen Probleme der Gegenwart. Die Probleme des alles dominierenden Finanzkapitals wurden nach dem Crash von 2008 nicht einmal angehtippt. Das wirtschaftliche Paradigma ist nach wie vor jenes des Neoliberalismus. Das Heft stellt verschiedene ökonomische Denker vor, lässt österreichische Wissenschaftler die heimische Wirtschaftspolitik problematisieren oder enthält eine umfassende Rezension aktueller Wirtschaftspublikationen. Stadtzeitung



Falter (Hg.): Die Krise verstehen. Wien 2014. **LEI**
Download unter: http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/WirtschaftundPolitik/studien/Die_Krise_verstehen.html

J. Flecker, F. Schultheis, B. Vogel (Hg.): Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten, FORBA-Forschung, Bd. 7, Berlin, edition sigma 2014.

Der öffentliche Sektor war lange Zeit arbeits- und sozialrechtlich Vorbild und stabilisierendes Element unserer Arbeitsgesellschaft. Durch Liberalisierung, Privatisierung und Ausgliederung haben sich jedoch weite Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen zu einem Ort der Umbrüche entwickelt. Das Buch analysiert vergleichend den Wandel der Arbeit in Krankenhäusern, bei der Post und in den kommunalen Verwaltungen und Diensten in Deutschland, Österreich und der Schweiz aus Sicht der Beschäftigten. Die Veränderungen bewirken mehr Unsicherheit, weniger Gemeinwohlorientierung und Verlust des sozialen Status für die Beschäftigten. **LEO**
<http://www.forba.at/data/downloads/file/950-FORBA%20Buchreihe%20Band%207.pdf>

BROSCHÜRE LEITFADEN SENDERBAU



Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt

(Hg.): Vorsorgeprinzip bei Errichtung, Betrieb, Umbau und Ausbau von ortsfesten Sendeanlagen. 2. Auflage, Oktober 2014.

Die Einführung und rasante weltweite Verbreitung von radiofrequenten Funkdiensten (z.B. W-LAN, Mobilfunk) ist in der Geschichte technischer Innovationen einmalig. Die Folge sind Bedenken zu gesundheitlichen Auswirkungen und zum Teil erhebliche Widerstände seitens der Bevölke-

rung. Der breit akkordierte, von ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis gemeinsam erarbeitete Leitfaden beschreibt Strategien und

Vorgangsweisen, um dem Bedürfnis nach Expositionsminimierung im Sinne eines präventiven Gesundheitsschutzes und nach technischer Innovation und Versorgungssicherheit mit Funkdiensten gerecht zu werden. Erklärtes Ziel ist die Konsensfindung durch Einbindung aller betroffenen Parteien. **LEO**
Download unter: www.gesundearbeit.at/cms/V02/V02_7.12.a/1410497517863/service/aktuelles/neuer-leitfaden-senderbau-lsb

Handbuch: Armut in Österreich

Die Beiträge dieser zweiten, vollständig überarbeiteten und erweiterten Auflage des Handbuchs Armut geben einen umfassenden und systematischen Überblick über den aktuellen Stand der Armutsforschung in Österreich. Mehr unter: www.besserewelt.at/handbuch-armut-oesterreich

Produktfibel: Ökologischer Einkauf

Die Fibel „Ausgezeichnet Leben! Qualitätsprodukte und Services mit dem Österreichischen Umweltzeichen“ listet Produkte und Dienstleister mit dem Umweltzeichen auf. Kostenloser Download: www.umweltzeichen.at/cms/home233/idart_1526-content.html

Die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, Mobilität und Flexibilisierung der Arbeitszeit haben einen entscheidenden Einfluss auf den Einkauf von Lebensmitteln. Doch angesichts der weitgehenden Nichtbeachtung dieser Bereiche wird die Frage nach der Verantwortung für die ökologischen Folgen des Konsums fehlgeleitet. **VON HARALD WIESER***

Was beeinflusst den Lebensmittelkonsum?



ZUSAMMENFASSUNG:

Durch die zunehmende zeitliche Verlagerung des Einkaufs von Lebensmitteln auf die Wochenenden greifen KonsumentInnen vermehrt zu vorverarbeiteten Produkten und tendieren dazu, nachhaltigkeitsbezogene Kaufkriterien zu vernachlässigen. Auch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten fördert die Nachfrage nach Fertigprodukten und Fast Food, da damit das gemeinsame Essen „bei Tisch“ seltener wird.

Rund ein Drittel des aus Haushalten resultierenden Umweltschadens kann auf den Konsum von Lebensmitteln zurückgeführt werden. Damit diese ökologischen Auswirkungen reduziert werden können, muss auch die uralte Frage der Verantwortung geklärt werden. Auf der einen Seite wird den KonsumentInnen vorgeworfen, dass sie sich nur an den billigsten Produkten orientieren. Auf der anderen Seite heißt es, die ProduzentInnen und Handelsketten würden mit ethisch fragwürdigen Methoden KonsumentInnen in die Irre führen. Was beide Seiten aber einigt, ist die Beschränkung der Diskussion auf Faktoren, die unmittelbar mit dem Essen zu tun haben. Andere Faktoren – wie die Arbeitsteilung der Geschlechter, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Mobilität –, werden weitgehend ignoriert. In der Folge soll gezeigt werden, wie diese scheinbar unabhän-

gigen Bereiche den Konsum beeinflussen und wie dadurch die Frage der Verantwortung in einem neuen Licht erscheint.

GESCHLECHTLICHE ARBEITSTEILUNG

Das Einkaufen von Lebensmitteln wird in allen europäischen Ländern noch immer vorwiegend von Frauen erledigt. Während sich 14 Prozent der Männer in Österreichs Haushalten nicht für den Lebensmitteleinkauf zuständig fühlen, sind es bei Frauen nur rund ein Prozent. Dennoch steigt die Beteiligung von Männern, was nicht zuletzt an der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen liegt. Die steigende Anzahl an Haushalten mit zwei Erwerbspersonen hat dabei einen interessanten Nebeneffekt auf die Praxis des Lebensmitteleinkaufs: Dadurch, dass den Haushalten weniger Zeit zum Einkaufen während der Woche bleibt, hat sich die Be-

schaffung von Lebensmitteln vermehrt auf die Wochenenden verschoben. Dieser Prozess ist aus ökologischer Sicht aus zweierlei Gründen bedeutsam: Zum einen wird aufgrund der geringeren Einkaufsfrequenz mehr eingekauft (siehe Kästen), wodurch sich die KonsumentInnen stärker am Preis und Umfang des Produktsortiments orientieren. Die KonsumentInnen neigen bei Großeinkäufen stärker zu günstigen Angeboten, da der Aufpreis für beispielsweise Bio-Produkte stärker ins Gewicht fällt. Zum anderen zeigen Studien, dass WochenendkäuferInnen öfter zu Fertigprodukten greifen.

MOBILITÄT

Bei Großeinkäufen am Wochenende gewinnt auch der Umfang des Produktsortiments eines Supermarkts an Bedeutung. Ohne Frage können dabei kleine Lebensmittelläden nicht mit den Hypermärkten außer-

* Harald Wieser, MSc. ist sozial-ökologischer Ökonom und Mitarbeiter in der Abteilung KonsumentInnenpolitik der AK Wien.

Ressourceneffizienter Konsum

Die Publikation des Forschungsprojektes „Zooming In and Zooming Out on the Practice of Sustainable Food Shopping: Evidence from Austria, Hungary and The Netherlands“ ist downloadbar unter: www.researchgate.net/profile/Harald_Wieser



LEBENSMITTELEINKAUF WEG VOM WOCHENENDE?

Für etwa 50 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen sind Freitag und Samstag die beliebtesten Einkaufstage für Lebensmitteln.

Doch es gibt Anzeichen, dass sich der bisherige Trend in Richtung Wochenendeinkäufe wieder umkehrt. Vor allem zwei Entwicklungen sprechen dafür:

Auf der einen Seite wird durch die höhere Arbeitszeitflexibilität der Unterschied zwischen Arbeitstagen und Wochenende langsam aufgelöst.

Auf der anderen Seite werden Großeinkäufe durch den enormen Anstieg des Außer-Haus-Konsums zunehmend überflüssig.

halb der Stadt- und Dorfzentren konkurrieren. Die Verdrängung der Lebensmittelmärkte durch große Supermärkte (siehe Grafik) ist in diesem Kontext zu sehen. Dieser Prozess wäre ohne ein verändertes Mobilitätsverhalten nicht möglich gewesen. Das Auto ist Grundvoraussetzung für die Erreichbarkeit der großen Supermärkte und ermöglicht erst den Transport großer Einkaufsmengen. Damit begünstigt das veränderte Mobilitätsverhalten die Verbreitung von „Lebensmittel-Wüsten“ – Gebieten, in denen der Zugang zu frischen Lebensmitteln fehlt – und macht das Einkaufen nur mehr mit dem Ausstoß von Schadstoffen möglich.

FLEXIBILISIERUNG DER ARBEITSZEIT

Der Konsum von Fertigprodukten wird auch noch durch eine andere Tendenz begünstigt. Der Anteil der industriell

verarbeiteten Produkte an den gekauften Lebensmitteln liegt bei der Hälfte der ÖsterreicherInnen bei mindestens zehn Prozent. Bei jedem Fünften sind es mindestens 30 Prozent verarbeitete Produkte. Beachtlich ist, dass die Wahrscheinlichkeit, dass jemand vorverarbeitete Produkte konsumiert, mit dem Alter sinkt und mit dem Bildungsniveau steigt. Mit der tatsächlich gearbeiteten Zeit hingegen kann kein Zusammenhang nachgewiesen werden. Wozu sind Fertigprodukte dann da? Der wahre Vorteil von Fertigprodukten lässt sich erst in ihrem Wert für das alltägliche Zeitmanagement erkennen. In einer Welt, in der durch die Zunahme an Werkverträgen und prekären Arbeitsverhältnissen die Flexibilität der Arbeitszeit steigt, ist es für Familie und Bekannte von entscheidender Bedeutung, die freien Zeitfenster untereinander abstimmen

zu können. Fertigprodukte erlauben es durch ihr ständiges „Zurverfügungsein“ Zeit für soziale Aktivitäten zu schaffen. Kurz: Ob jemand Fertigprodukte konsumiert oder nicht, hat weniger mit Faulheit als mit der Flexibilität der Arbeitszeit zu tun.

Mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung, Mobilität und Flexibilisierung der Arbeitszeit sind nur drei Bereiche angesprochen, die wesentlichen

Einfluss auf den Lebensmittelkonsum ausüben, doch in der Debatte um nachhaltigen Konsum völlig untergehen. Unabhängig vom Gegenstand ist im Kontext der Nachhaltigkeit aber die Berücksichtigung der Auswirkungen einer Entwicklung oder Maßnahme auf scheinbar unabhängige Bereiche essenziell. Damit ließen sich Verantwortliche finden, die in der gegenwärtigen Diskussion ungenannt bleiben. □

ENTWICKLUNG DER ANZAHL AN LEBENS- MITTELGESCHÄFTEN IN ÖSTERREICH



Ursache des „Greißlersterbens“ ist vor allem die Zunahme von immer größeren Supermärkten (Hypermärkten) mit Verkaufsflächen von mehr als 2.500m². Parallel hat sich die Einkaufsfrequenz pro Jahr zwischen 2003/04 und 2012/13 von 164- auf 110-mal verringert. Die Menge pro Einkauf stieg in der selben Zeit von 3,7 auf 4,4 kg. QUELLE: ROLLAMA, 2014

Lebensmittel in Österreich

Umfassende Informationen mit anschaulichen Statistiken dazu finden sich im Bericht des Landwirtschaftsministeriums. www.bmlfuw.gv.at/publikationen/lebensmittel/Lebensmittel-zdf2011.html



KONTROLLE

ABFALLWIRTSCHAFT: KAMPAGNE

PRO

„GESCHÄTZTER SCHADEN DURCH ILLEGALE SAMMLER: 20 BIS 80 MILLIONEN EURO FÜR ALTMETALLE UND SPERRMÜLL.“

DR. JOHANN MAYR*

Eine Arbeitsgruppe unter dem Schlagwort „Verantwortungsvolles Wertstoffmanagement“ aus Kommunal- und Wirtschaftsvertretern beschäftigt sich seit drei Jahren mit der Verhinderung von Mülldiebstahl aus Österreich durch illegale Sammler aus Ungarn und der Slowakei.

Gemeinsam haben kommunale und private Entsorger sowie Vertreter von Landesregierungen die Kampagne: „Stopp dem illegalen Abfallexport!“ in die Medien gebracht, um die breite Bevölkerung darüber zu informieren, dass

- sich ein Haushalt, der Abfall an einen nicht befugten Sammler übergibt, strafbar macht,
- sich ein/e Gemeinde/Gemeindeverband, dessen Mitarbeiter Abfälle an Sammler übergibt, strafbar macht,
- die illegalen Sammler Sperrmüll und Altgeräte nicht für den Eigengebrauch sammeln, sondern zumeist im Auftrag clanähnlicher Strukturen tätig sind, die daraus einen massiven Gewinn ziehen,
- entgangene Erlöse aus der Verwertung von Altstoffen (vor allem Altmetallen) die Müllgebühren früher steigen lassen.

Das Gutachten eines renommierten Umweltrechtsanwalts kommt zum eindeutigen Schluss, dass die mit Flugzetteln auftretenden Sammelbrigaden oder Kleinmaschinenbrigaden keine Sammelgenehmigungen in Österreich besitzen und somit illegal sind. Der geschätzte Schaden für die österreichische Volkswirtschaft geht von 20 bis 80 Millionen Euro für Altmetalle und Sperrmüll bzw. von 150 Millionen Euro aus, wenn man die illegal exportierten Alt-KFZ noch dazuzählt.

Die Polizei wurde um Unterstützung bei der Kontrolle und Konfiszierung von illegal gesammeltem Abfall ersucht. In den Bezirken, in denen verstärkte Kontrollen und Aufgriffe von illegalen Sammlern stattfinden, ist die Kleinkriminalitätsrate merklich zurückgegangen.

Die Arbeitsgruppe fordert vom Ministerium einen gültigen Erlass, wie in Österreich einheitlich gegen die illegalen Abfallsammler vorgegangen werden soll. Die kommunalen und öffentlichen Entsorger halten sich an die vielfältigen und strengen Abfallwirtschaftsgesetze und fordern deren Vollzug auch für diese Sammler, die die österreichische Volkswirtschaft schädigen.

Weil immer wieder gesagt wird, dass diese „armen Ungarn“ ja die noch brauchbaren Güter verwenden könnten, wird auch an Alternativen in Österreich gearbeitet. Die öffentliche Abfallwirtschaft bietet in vielen Fällen bereits jetzt die Abgabemöglichkeit für sinnvoll in Österreich weiterverwendbare Altwaren an (z.B. ReVital Shops in Oberösterreich oder 48er-Basar in Wien). Im Zuge der Umsetzung der Bestimmungen zur „Vorbereitung zur Wiederverwendung“ nach der EU-Abfallrichtlinie wird in allen Bundesländern daran gearbeitet, gemeinsam mit sozialwirtschaftlichen Reparatur- und Verkaufsbetrieben zur Verlängerung der Lebensdauer von Produkten und Geräten beizutragen und so Abfälle zu vermeiden. Die Abfallverbände laden daher die Haushalte ein, diese Möglichkeit zur sinnvollen Weiterverwendung auch zu nutzen, und diese Produkte nicht illegalen Sammelbrigaden aus dem Ausland zu übergeben.

„HAUSHALTE SOLLEN SINNVOLLE WEITERVERWENDUNGSMÖGLICHKEITEN NUTZEN.“



*Dr. Johann Mayr ist Bundeskoordinator der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände. www.argeabfallverband.at

Plattform: „Stopp dem illegalen Abfallexport!“

Die Initiative „Stopp dem illegalen Abfallexport“ hat es sich zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung, Behörden und Gesetzgeber über die wahren Hintergründe des illegalen Abfallexports zu informieren und schließt weitestgehend sämtliche, von der Problematik betroffenen Branchen ein. www.wko.at/Content.Node/branchen/w/sparte_iuc/Abo_Heimischer_Wirtschaft_entgehen_durch_illegalen_Abfalllex.html

OVERSE GEGEN MÜLLDIEBE

WANN KOMMT ENDLICH EIN FLÄCHENDECKENDES ANGEBOT DER KOMMUNEN FÜR DIE FÖRDERUNG DER WIEDERVERWENDUNG? “

CON

MAG. WERNER HOCHREITER *

Regelmäßig appelliert die Plattform „Stopp dem illegalen Abfallexport“ an Konsumenten und Bürger, ausgedienten Altwaren nicht an die „illegalen Kleinmaschinenbrigaden aus dem Osten“ zu übergeben. Das sei illegal und strafbar, schade Kommunen und Entsorgern und bewirke einen volkswirtschaftlichen Schaden von zehn Millionen Euro jährlich. Österreich verliere wertvolle Rohstoffe und es schade der Umwelt. Bemerkenswert ist die steiermärkische Landesregierung, die auf Flugblätter in allen Landessprachen die Praxis der informellen Sammlungen pauschal als illegal denunziert.

Kommunikativer und juristischer Overkill! Peinliche Aufgeregtheit. Die informellen Sammlungen als Konkurrenz für die Entsorger? Absurd sind die behaupteten Schäden: Aufmerksame Bürger haben schon gefragt, warum sie überhaupt noch Müllgebühren zahlen sollen, wenn Sperrmüll so wertvoll ist. Unredlich sind auch die juristischen Auskünfte, weil sie den springenden Punkt verschweigen: Illegalität beginnt erst dort, wo Gegenstände Abfall werden. Das ist aber solange nicht gegeben, wie sie noch funktionsfähig und von jemandem gewollt sind, um sie weiterzuverwenden. Der Unabhängige Verwaltungssenat (UVS) Steiermark hat die gegen eine Dame verhängte Strafe, weil sie ihr Kinderbett vor dem Grazer Bauhof an eine ungarische Familie übergeben hat, ersatzlos aufgehoben, weil das Bett völlig intakt und kein Abfall war. Dennoch informiert die Landesregierung so undifferenziert wie zuvor.

Die Plattform ist aus Opposition gegen das EU-Forschungsprojekt „Transwaste“ entstanden. Die Universität für Bodenkultur wollte mit ausländischen Partnern die informellen Samm-

lungen in Mittel- und Osteuropa untersuchen. Mag sein, dass die ersten Lösungsvorschläge nicht zielführend waren. Doch die Untersuchungen haben die Buntheit der Wirklichkeit und mögliche Verbesserungen aufgezeigt. Überwiegend sind es Familien, die einmal pro Woche ihr Leben damit aufbessern, dass sie funktionstaugliche Gegenstände für sich sammeln oder um sie auf Flohmärkten, z.B. in Ungarn, weiterzuverkaufen. Altmetalle sind nur selten erwünscht, weil die Erlöse kaum lohnen. Übrigens sind 20 Prozent der Sammler ÖsterreicherInnen!

Chauvinistische ausländerfeindliche Negativrhetorik ist da nicht gefragt. Die kommunale Abfallwirtschaft soll endlich flächendeckend etwas für die Förderung der Wiederverwendung (ReUse) tun, so wie das die EU-Abfallrichtlinie fordert. Fakt ist, dass Gegenstände immer öfter weggegeben werden, obwohl sie noch nicht kaputt sind. Viele Menschen wollen, dass die Chance auf ein zweites Leben gewahrt ist. Damit lässt man sie aber bislang alleine. Der Sperrmüllcontainer mit Strafandrohung ist da keine Antwort.

Es gibt erst sehr wenige Angebote wie etwa die ReVital-Märkte in OÖ oder den 48er-Basar in Wien. Auch diese sollten noch um niederschwelligere Angebote ergänzt werden. Nicht jeder, der sich eine alte Kaffeemaschine holt, braucht eine Gewährleistungszusage. Der gerade arbeitslos gewordene 50-jährige Akademiker braucht anderes als ein langjähriger Obdachloser. Bedürfnisgerechtere Angebote braucht es auch hier, wo offenkundig Menschen betroffen sind, die im sozialen Rang weit unten an der Armutsgrenze stehen.

“ ES BRAUCHT BEDÜRFNISGERECHTE ANGEBOTE

Unabhängiger Verwaltungssenat (UVS)

Gegründet 1988, wies der UVS eine gerichtsähnliche Unabhängigkeit auf und waren – anders als Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof – zur umfassenden Nachprüfung eines Bescheids berechtigt. Mit der Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012 wurden die UVS aufgelöst und per 1. Jänner 2014 durch die Landesverwaltungsgerichte ersetzt. www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01618

*Mag. Werner Hochreiter ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.



VOR 15 JAHREN

WEICHEN-
STELLUNG

Unter dem Titel „Die Bahn am Zug“ befasst sich Gregor Lahounik in der *Wirtschaft und Umwelt* 4/99 mit der europäischen Liberalisierungspolitik.

„Die Bahnen sind am Zug, eine notwendige massive Qualitätssteigerung herbeizuführen. Dennoch ist die Schiene auch nach der Eisenbahnliberalisierung und der Schaffung der TEN dem

derzeit ungleichen Konkurrenzkampf mit der Straße ausgesetzt. Wenn nicht endlich umfassende Maßnahmen zur Erhöhung der Kostenwahrheit im Straßengüterverkehr gesetzt werden,

bringt eine EU-weite Eisenbahnliberalisierung nicht eine Wettbewerbsverbesserung der Schiene gegenüber der Straße, sondern nur die Zerschlagung der bestehenden Bahnen, schlechtere Arbeitsbedingungen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die umgehende Einführung der kilometerabhängigen Lkw-Maut wäre ein erster, dringend erforderlicher Schritt, dem weitere auch im Hinblick auf die massiven Umweltbelastungen durch den Lkw-Verkehr folgen müssten. Insofern sind neben den Bahnen die Regierungen aufgefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Schiene den Anschluss(zug) nicht verpasst.“ **LEO**



Klimawandel: Was Sache ist

Der Klimawandel ist eine der schwierigsten Herausforderungen für die Politikgestaltung weltweit. Verlässliche Grundlagen sind dabei für EntscheidungsträgerInnen von besonderer Bedeutung. Nun liegt ein über 1000-seitiges Werk vor, das diese Grundlagen für Österreich zusammenträgt.

Mitte September wurde der „Österreichische Sachstandsbericht Klimawandel 2014“ veröffentlicht, der die Auswirkungen des Klimawandels auf Österreich und den Alpenraum beschreibt und die möglichen Reaktionen untersucht. Er ist das Produkt der dreijährigen Arbeit des „Austrian Panel on Climate Change“ (APCC), einer Kooperation von etwa

240 WissenschaftlerInnen, die sich – ähnlich dem IPCC, dem Weltklimarat – zum Ziel gesetzt hatten, den Stand der wissenschaftlichen Forschung für politische Entscheidungsträger und die Zivilgesellschaft zusammenzuführen und aufzubereiten. Das Projekt wurde vom Klima- und Energiefonds finanziert. Der Bericht besteht neben einer kurzen und einer

etwas längeren Zusammenfassung aus drei Bänden. Der erste beschäftigt sich mit „Einflussfaktoren und Ausprägungen“ und beschreibt, wie Treibhausgase auf das Klima wirken, wie die Klimaentwicklung seit der industriellen Revolution im Vergleich zum Klima der letzten Millionen Jahre – insbesondere im Alpenraum – einzuordnen ist und wel-

AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 38 **Leitfaden für Ausschreibungen im öffentlichen Verkehr.** Qualitäts- und Sozialkriterien. Anna Daimler, Doris Unfried. Studie, 2009
- 39 **Arbeitsweg-Barrieren in der Ostregion** Geschlechtsspezifische und soziale Hindernisse. Auswertung der Online Umfrage „Pendler/in am Wort“ Thomas Hader, 2009
- 40 **LKW-Stellplatzbedarf im hochrangigen österreichischen Straßennetz** Österreichisches Institut für Raumplanung, 2010
- 41 **PendlerInnen und Infrastruktur-Ausbau in der Ostregion** Ergebnisse der AK-Befragung 2009/2010 Thomas Hader, 2010
- 42 **Mangelware LKW-Parkplatz.** Perspektiven und Lösungen für den Arbeitsplatz Autobahn. Tagungsband, 2010
- 43 **Tourismus in Österreich 2011:** Mit einer Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklimaindex. Kai Biehl, Rudolf Kaske (Hrsg.), 2011
- 44 **Lkw-Geschwindigkeitsverhalten auf Autobahnen:** Erhebung und Analyse der Lkw-Geschwindigkeiten auf ausgewählten Streckenabschnitten österreichischer Autobahnen. Studie, 2011
- 45 **Die Lkw-Maut als Öko-Steuer** Verursachergerechte Lösungen gegen Lärm und Abgase. Tagungsband, 2012
- 46 **BerufslenkerInnen am Wort** Befragung von Lkw- und BuslenkerInnen zu Lenkzeitüberschreitungen, Sicherheit und Qualität von Rastanlagen und Erfahrungen mit der verpflichtenden Aus- und Weiterbildung, 2012
- 47 **Aktiv und selbstbestimmt zur Arbeit** Warum der Arbeitsweg zu Fuß und mit dem Rad die gesündere Alternative ist, was am Arbeitsweg besonders Stress macht und wie subjektive Aspekte die Verkehrsmittelwahl beeinflussen. Johanna Schaupp. Studie, 2012
- 48 **Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenmautgesetz** Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 **Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!** Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 **Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich,** 2013
- 51 **Wettbewerb im österreichischen Güterverkehrsmarkt** Konstellationen zwischen Straße und Schiene. Ronald Scheucher; 2014
- 52 **Modal Split im Güterverkehr** Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Max Herry, Norbert Sedlacek; 2014
- 53 **Analyse der Erfahrungen mit dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz im Eisenbahnwesen** Studie und Rechtsgutachten. Edwin Mächler, 2014
- 54 **Unterwegs zwischen Erwerbs- und Familienarbeit** Eine Analyse in den niederösterreichischen Regionen Triestingtal und Schneebergland. Wiebke Unbehaun et al., 2014



che Entwicklungen bei Klima und Wetter in Zukunft zu erwarten sind. Band 2, „Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft“, widmet sich den Auswirkungen, die in den verschiedensten Bereichen als Folge des Klimawandels zu erwarten sind: Der Klimawandel beeinflusst Wasserhaushalt, Böden und Ökosysteme, aber auch zahlreiche Gebiete menschlicher Tätigkeit, ange-

fangen von Land- und Forstwirtschaft, Siedlungsräumen über den Tourismus bis hin zur Gesundheit.

Der dritte Band, „Vermeidung und Anpassung“, widmet sich den politischen Fragestellungen, die mit den stattfindenden und zu erwartenden Veränderungen des Klimas verbunden sind. Auch wenn hier die Grenze zwischen wissenschaftlicher Darstellung

„ ETWA 240 WISSENSCHAFTLERINNEN HABEN IN DREI JAHREN ARBEIT DEN BERICHT ÜBER DEN KLIMAWANDEL IN ÖSTERREICH ERSTELLT.

und politischer Forderung gelegentlich verschwimmt, so stellt auch dieser Teil eine umfassende und reichhaltige Zusammenschau der vorhandenen Studien und Materialien dar.

In der medialen Rezeption nahm die Feststellung des Berichts breiten Raum ein, dass seit 1880 die Temperatur in Österreich im Mittel um 2° C gestiegen ist, verglichen mit einer weltweiten Erhöhung um 0,85° C. Es würde dem Bericht aber nicht gerecht, ihn auf diese Feststellung zu reduzieren. Vielmehr handelt es sich um

die bislang umfangreichste Zusammenstellung des Standes der Forschung zu Fragen des Klimawandels in Österreich. Doch es wäre auch falsch, von dem Bericht mehr als dies zu erwarten: Er gibt keine Antwort auf die Frage, wie die Ergebnisse praktisch umgesetzt werden sollen. Diesen Weg zu finden bleibt Aufgabe der PolitikerInnen. **cs**

APCC (2014): Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). 1096 S. ISBN 978-3-7001-7699-2. Download unter www.oew.ac.at/APCC_AAR2014.pdf Link: www.apcc.ac.at.

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

Alle Studien können unter www.ak-umwelt.at als PDF heruntergeladen werden.



- 167** Elisa Schenner **EU und Wasserliberalisierung** – Eine Analyse auf internationaler und europäischer Ebene, 2006
- 169** Tony Musu **REACH am Arbeitsplatz** – Die potenziellen Vorteile der neuen europäischen Chemikalienpolitik für die ArbeitnehmerInnen, 2006 (vergriffen)
- 170** Franz Greil (Hrsg.) **Feinstaub am Arbeitsplatz** Die Emissionen ultrafeiner Partikel und ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen, Tagungsband, 2006
- 171** Andreas Käfer, Judith Lang, Michael Hecht **Luftverkehr und Lärmschutz** – Ist-Stand im internationalen Vergleich – Grundlagen für eine österreichische Regelung, 2006
- 173** Franz Greil (Hrsg.) **Welche Zukunft hat der Diesel?** Technik, Kosten und Umweltfolgen, Tagungsband, 2007
- 174** Werner Hochreiter (Hrsg.) **Umsetzung der EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Österreich**, Tagungsband ergänzt um Materialien und Hintergrunddokumente zum Diskussionsprozess, 2007
- 175** **Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr** 2007
- 176** Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die Strategische Umweltprüfung im Verkehrsbericht** Tagungsband, 2008
- 177** Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) **Die UVP auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung eines umkämpften Instruments** Tagungsband, 2008
- 178** Werner Hochreiter (Hrsg.) **Die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie in Österreich** Tagungsband, 2008
- 179** **Feinstaubproblem Baumaschine** Emissionen und Kosten einer Partikelfilternachrüstung in Österreich. Umweltbundesamt, 2009
- 180** Werner Hochreiter (Hrsg.) **Mehrweg hat Zukunft!** Lösungsszenarien für Österreich im internationalen Vergleich, Tagungsband, 2010
- 181** Thomas Thaler **Siedlungswasserwirtschaft in öffentlicher oder privater Hand**. England/Wales, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele, 2010
- 182** Werner Hochreiter (Hrsg.) **Aktionsplanung gegen Straßenlärm - wie geht es weiter?** Tagungsband, 2010, die Niederlande und Porto Alegre (Brasilien) als Fallbeispiele
- 183** Christoph Streissler (Hrsg.) **Agrotreibstoffe - Lösung oder Problem?** Potenzielle, Umweltauswirkungen und soziale Aspekte, Tagungsband, 2010
- 184** **Lkw-Tempolimits und Emissionen:** Auswirkungen der Einhaltung der Lkw-Tempolimits auf Autobahnen auf Emissionen und Lärm, Studie, 2011
- 185** **Gesundheitsrelevante Aspekte von Getränkeverpackungen.** Studie, 2011
- 186** **Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale.** Studie, 2012
- 187** **Die Zukunft der Wasserversorgung.** Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung. Tagungsband, 2013
- 188** **Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen.** Tagungsbericht, 2013

AK-Tipp

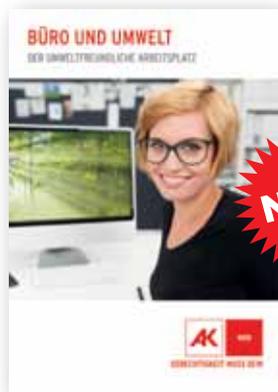
GEKAUFT UND SCHON KAPUTT

Leben in einer Wegwerfgesellschaft? Studie zur Fachtagung im Juni 2013. Immer mehr Produkte gehen knapp nach Ablauf der Gewährleistung kaputt. Ist frühzeitiger Verschleiß programmiert? Herunterladen auf www.wien.arbeiterkammer.at Service: Studien > Konsument. Weitere Bestellmöglichkeit: Tel.: +43 1 50165-401 **LEI**

Gratis bestellen unter:

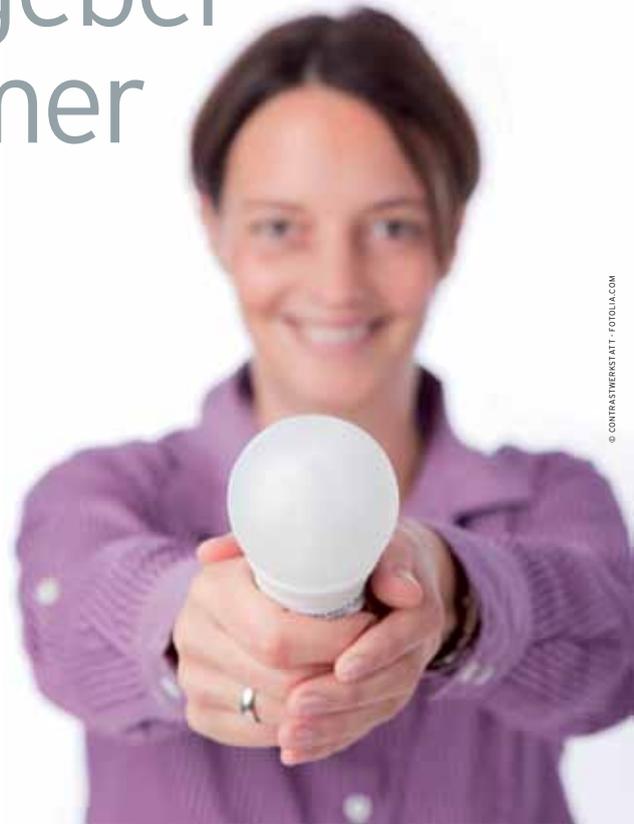
wirtschaft.umwelt@akwien.at oder bei: AK-Wien, Abteilung Umwelt & Verkehr, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Tel: 01/50165-2404

Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



BÜRO UND UMWELT

Der umweltfreundliche Arbeitsplatz: Energie besser nutzen, nachhaltige Büromaterialien verwenden, gesünder essen oder spritsparender zur Arbeit fahren: Das schont nicht nur unsere Umwelt. Es verbessert auch das Wohlbefinden der über 1,4 Millionen Menschen, die in Österreich im Büro arbeiten. Hilfreiche Tipps und Infos finden Sie in dieser Broschüre. Damit Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in einem guten und gesunden Umfeld arbeiten können.



RICHTIG HEIZEN UND LÜFTEN

Die Raumheizung verbraucht die meiste Energie im Haushalt. 1 Grad Celsius Raumtemperatur weniger erspart rund 6 Prozent Heizenergie im Winter! Was tun? Richtig heizen und lüften! Der aktualisierte Folder der AK Wien gibt Ihnen Infos und Tipps, was Sie ohne großen Mehraufwand tun können.



GUT INFORMIERT IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Die aktualisierte Ausgabe 2014 „Gut Informiert im öffentlichen Verkehr – Ihre Rechte als Fahrgast“ enthält das neue Fahrgastrechtegesetz und die EU-Verordnung Fahrgastrechte für Busfahrgäste. Viele wichtige Tipps und Informationen helfen Probleme in öffentlichen Verkehrsmitteln zu vermeiden.



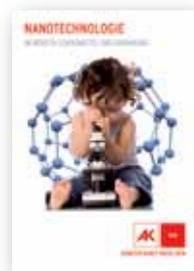
FAIR UND UMWELTGERECHT EINKAUFEN

Der AK Branchen- und Dienstleistungsführer hilft nach Bundesländern und Branchen geordnet bei der Suche nach sozial- und umweltgerechten Betrieben mit fairen Arbeitsbedingungen. Von Reparatur über Spielzeug und Reinigung bis zu Restaurants bietet die Broschüre ein interessantes Angebot.



HANDYS UND IHRE LEBENSDAUER

Bei Handys und Smartphones handelt es sich nicht um Wegwerfartikel, auch wenn sie scheinbar bereits „ab null Euro“ erhältlich sind, sondern um hochwertige Elektronik, erzeugt mit hohem Energie- und Ressourcenaufwand. Die Broschüre gibt viele Tipps zum bewussten Umgang mit Handy und Smartphone.



NANO TECHNOLOGIE

Der Begriff Nanotechnologie, vor allem im Zusammenhang mit Lebensmitteln, ist noch ziemlich fremd. Die Broschüre informiert allgemein verständlich, sachlich und objektiv über Nanotechnologie im Bereich Lebensmittel und Ernährung, über ihre möglichen Vorteile und Risiken.

Zu bestellen unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder Telefon: 01/50165-2404
oder mit der Post an Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien